



N i e d e r s c h r i f t

**der 40. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
28.02.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:01 Uhr bis 21:17 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrats Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme ab 14:15 Uhr
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 14:25 Uhr
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme von 15:10 Uhr - 18:12 Uhr
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 14:25 Uhr
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 14:23 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 14:50 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme von 14:00 Uhr - 16:48 Uhr
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Teilnahme von 14:00 Uhr - 17:45 Uhr und anschließend ab 19:41 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Teilnahme ab 17:00 Uhr

Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Teilnahme ab 15:00 Uhr
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Teilnahme bis 20:32 Uhr
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Prof. Dorothea Vent	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat
Markus Klätte	Stadtrat
Gerhard Pitsch	Stadtrat
	Teilnahme ab 16:24 Uhr
Alexander Raue	Stadtrat
	Teilnahme ab 16:17 Uhr

Verwaltung:

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Ralf Borries	Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Herr Bartl, 1. stellvertretender Vorsitzender des Stadtrats, eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Andreas Otto zur Sprachheilschule

Herr Otto sagte, dass er stellvertretender Elternratsvorsitzender an der Hanoier Grundschule ist. Er beklagte sich, dass ein Bebauungsplan, welcher der Schule nicht bekannt ist, beschlossen werden soll. Er fragte, inwiefern die steigenden Kinderzahlen berücksichtigt wurden und warum die Grundfläche des Pausenhofs verkleinert werden soll.

Frau Brederlow antwortete, dass die Schulleitung sowie der Hortträger beteiligt wurden. Im März wird sie mit der Elternvertretung ein Gespräch führen. Weiterhin sagte sie, dass die Hoffläche den Mindestanforderungen entspricht.

zu Ronny Wagner zur GS Hanoier Straße

Herr Wagner sagte, dass eine steigende Prognose der Schülerzahlen in der Grundschule Hanoier Straße zu verzeichnen ist. Er fragte, inwieweit die tatsächlichen Zahlen berücksichtigt wurden.

Frau Brederlow teilte mit, dass die aktuellen Schülerzahlen als Grundlage genommen werden. Es sind somit immer die Zahlen der Schuljahresanfangsstatistik und die dazugehörigen Prognosen zu berücksichtigen. Die Prognose ergibt sich aus dem Bedarf der Kindertageseinrichtungsplätze vor Ort. Es werden von der Verwaltung daher aktuelle Zahlen zugrunde gelegt.

Herr Wagner wies darauf hin, dass dieser Zahlenwert viel zu niedrig ist.

Frau Brederlow verwies auf den in der nächsten Woche stattfindenden gemeinsamen Gesprächstermin.

zu Janice Windisch zum Jugendparlament

Frau Windisch fragte, wie sich die Verwaltung ein eventuelles Jugendparlament vorstellt und ob der Kinder- und Jugendrat gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbeauftragten Herrn Mirko Petrick an der Entwicklung eines Konzeptes beteiligt werden könnten.

Herr Paulsen sagte, dass mit dem heutigen Antrag der Schwerpunkt einer Konzeptentwicklung besteht. Diese Konzepterstellung wird in der Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen aus den bestehenden Beteiligungsgremien erfolgen.

Frau Windisch fragte, ob diesbezüglich konkrete Vorstellungen bestehen.

Herr Paulsen sagte, dass es derzeit keine Vorgaben für die aktuelle Konzepterstellung gibt.

zu Laura Meltke zu Stadtentwicklungskonzepten

Frau Meltke fragte, warum sich die Stadt Halle (Saale) nicht ganzheitlich alternative Stadtentwicklungskonzepte zutraut. Sie könnte dies als Maßstab setzen und damit zeigen, dass sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt gestaltet.

Herr Stäglin sagte, dass die Stadt Halle (Saale) in den letzten Jahren das Integrierte Stadtentwicklungskonzept entwickelt hat. Die Beschlussfassung des neuen Konzeptes ist erfolgt und dieser Prozess wurde sehr intensiv mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert.

Frau Meltke fragte, welche Maßstäbe sich die Stadt demnach setzt, um gesunde Konzepte zu fördern.

Herr Stäglin betonte, dass Vorschläge von der Verwaltung gemacht wurden, wie die weitere Entwicklung der Stadt Halle (Saale) denkbar ist. Hierüber gab es die Möglichkeit, einen Diskussionsbeitrag zu leisten.

zu Rodney Thomas zur Stadtkasse

Herr Thomas sagte, dass bei einer 90-jährigen Rentnerin die GEZ-Gebühr vollstreckt wurde, obwohl diese gerade einmal genug Rente für Miete und Verpflegung im Monat hat. Er äußerte sein Unverständnis für das GEZ-Gesetz. Dies ist aus seiner Sicht nicht mit der „Würde des Menschen“ vereinbar.

Herr Bartl wies Herrn Thomas darauf hin, dass die Einwohnerfragestunde dafür gedacht ist, dass Einwohner der Stadt Halle (Saale) Fragen stellen können. Er forderte Herrn Thomas auf, eine Frage zu stellen.

Herr Geier sagte, dass die GEZ-Gebühren durch die Stadtkasse für den Bund und die Rundfunkanstalten bearbeitet werden. Bevor die Stadt Halle (Saale) um Vollstreckung der Gebühren gebeten wird, werden die Sachverhalte durch die Rundfunkanstalten geprüft. Die Stadt Halle (Saale) betrachtet bei Vollstreckungen jeden Vorgang und versucht, im Interesse der Betroffenen zu handeln.

Herr Thomas sagte, dass mehrere Personen betroffen sind, bei denen nicht auf die persönlichen Vermögensverhältnisse geachtet wurde.

Herr Geier bot ein persönliches Gespräch mit den betroffenen Personen an.

zu Torsten Fritz zum Format der Bürgerfragestunde

Herr Fritz fragte, ob es in der Einwohnerfragestunde eine neue Regelung gibt, die Statements von Einwohnern nicht zulässt.

Herr Bartl antwortete, dass es keine neuen Regelungen gibt. Er wies nochmal darauf hin, dass die Einwohnerfragestunde nicht dafür gedacht ist, ein Statement abzugeben, sondern dafür, konkrete Fragen an die Verwaltung zu stellen.

zu Jennifer Köhler zur Hafestraße 7

Frau Köhler sagte, dass sie Anwohnerin der Hafestraße ist und gegenüber des „HaSi“ wohnt. Sie sprach an, dass sie die Kritikpunkte und Vorwürfe, die zum „HaSi“ kamen, nicht nachvollziehen kann. Obwohl sie Fenster zum Objekt hin hat, fühlt sie sich mit ihren Kindern durch die Nutzer des Projektes nicht gestört und besucht auch Veranstaltungen und die Begegnungsräume. Sie fragte, woher diese Vorwürfe zum „HaSi“ kommen, da sie andere Erfahrungen mit den Bewohnern dort gemacht hat, die sehr freundlich und offen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er sich das auch nicht erklären kann.

Frau Köhler, die als Architektin auch im denkmalgeschützten Raum tätig ist, fragte, was man ansonsten an diesem Standort mit diesem denkmalgeschützten Gebäude verbunden mit der Bodenkontamination anderes sinnvolles anfangen könnte, wofür die „HaSi“-Bewohner weichen müssten. Was wäre eine alternative Nutzung?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, die von den rechtlichen Gegebenheiten und von dem Eigentümer des Grundstückes abhängig sind.

zu **Stella Hempel zur Hafestraße 7**

Frau Hempel sprach an, dass sie im September 2017 neu nach Halle in die Hafestraße gezogen ist, um in der Stadt studieren zu können. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass sie in dem halben Jahr weder Störungen auf der Straße noch in ihrer Wohnung wahrgenommen hat. Das „HaSi“ war für sie als Neuankömmling eine gute Anlaufstelle, um Menschen kennenzulernen und Freizeitbeschäftigungen nachkommen zu können. Es gab Einladungen von den „HaSi“-Bewohnern an das Umfeld, die sie gern angenommen hat. Sie fragte, was man sich dort auf dem Grundstück anderes vorstellen könnte, um diesen Stadtteil noch lebenswerter machen zu können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass er sich alles vorstellen kann, was denkbar und möglich ist, solange dies der geltenden Rechtsordnung entspricht.

zu **Luise Ohmann zur Hafestraße 7**

Frau Ohmann sagte, dass sie gegenüber des Hausprojektes „HaSi“ wohnt und sich nicht von deren Aktivitäten gestört fühlt. Ihrer Meinung nach ist die Straße durch das Projekt viel belebter und das Viertel hat eine Aufwertung erfahren. Sie sprach sich positiv für den Erhalt des Projektes aus und stellte die Kompromissbereitschaft der Mitglieder dar. Frau Ohmann fragte, was die Verwaltung gegen die fortschreitende Gentrifizierung unternimmt und die damit einhergehende Verdrängung solcher Projekte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es in der Stadt eine Vielzahl an Förderrichtlinien gibt, die für jeden Verein in der Stadt Möglichkeiten bieten, Fördermittel zu beantragen. Jeder, der die Kriterien erfüllt, kann sich um diese Fördermittel bewerben.

zu **Hanna Westermayer zur Hafestraße 7**

Frau Westermayer sagte, dass sie sich von Anfang an bei der „HaSi“ engagiert. Über 500 Unterschriften wurden von Anwohnern gesammelt, die sich für den Erhalt von „HaSi“ aussprechen. Wie stellt sich die Verwaltung die Förderung von Kunst und Kultur in der Stadt vor, wenn nicht einmal ein selbsttragendes Projekt versucht wird, zu erhalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass durch die vom Stadtrat beschlossenen Förderrichtlinien eine sachgerechte Verteilung der Gelder für Kunst und Kultur erfolgt.

zu **Robin May zur Hafestraße 7**

Herr May sagte, dass ein Gewinn durch den Verkauf der Immobilie generiert werden soll. Der Trägerverein der „HaSi“ hat zusammen mit dem Haushalten e. V. ein Kaufgesuch in Höhe von 50.000 Euro eingereicht. 50.000 Euro aus diesem Grund, da die HWG dieses Gelände vor ca. 10 Jahren zu diesem Wert verkaufen wollte. Die HWG geht von einem deutlich höheren Schätzwert aus und das, obwohl es kein Wertgutachten für die Immobilie gibt. Darf sich ein kommunales Unternehmen wie die HWG an Immobilienspekulationen beteiligen? Hat die Geschäftsführung der HWG eine spezielle oder allgemeine Gewinnbeteiligung am Umsatz oder Gewinn der HWG?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass der Stadtrat auf die HWG in ihren Entscheidungen einwirken kann. Die HWG beteiligt sich im sozialen sowie kulturellen Bereich in der Stadt Halle, muss sich aber an GmbH-Regeln halten.

Bei der Gewinnbeteiligung handelt es sich um Interna, zu denen er keine Auskunft geben darf.

zu **Lothar Busch zur Hafestraße 7**

Herr Busch sagte, dass nach Aussagen des Vereins, Verschönerungen und Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden. Es handelt sich jedoch um politische Botschaften oder Provokationen. Er fragte, ob dagegen vorgegangen werden kann oder ob die Anwohner diese Botschaften weiter ertragen müssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass genau diese Frage der Stadtrat klären muss.

zu **Sylvia Döring zur Hafestraße 7**

Frau Döring sagte, dass die Situation in der Hafestraße 7 unerträglich geworden ist und eine Entscheidung dringend benötigt wird. Diverse Statements zu Verweigerungen wurden bei Facebook und in Interviews bei Radio Corax veröffentlicht. Durch Parolen sowie bei der Demonstration vom 24.02.18 wurde der Standpunkt der Bewohner der Hafestraße 7 deutlich. Frau Döring fragte, ob das eine demokratische Grundeinstellung ist, welche weiterhin unterstützt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Grenze erreicht ist, wenn die Meinungsfreiheit gegen Verfassungsrecht verstößt und ein Einschreiten erforderlich ist.

zu **Cornelia Veith zur Hafestraße 7**

Frau Veith fragte, ob die Stadt an dem Stadtentwicklungskonzept für die Hafestraße und den Bebauungsplänen festhält und ob die Arbeit fortgesetzt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass alle vom Stadtrat beschlossenen Pläne sowie das Stadtentwicklungskonzept umgesetzt werden.

zu **Tino Deparade zur Hafestraße 7**

Herr Deparade fragte, ob der Herr Oberbürgermeister die Beendigung der Nutzung durch „HaSi“ unterstützt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er sich von Argumenten überzeugen lässt.

Herr Deparade fragte, warum das Thema im nicht öffentlichen Teil diskutiert wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass die Änderungsanträge zu einem Antrag für einen Grundstücksverkauf gestellt wurden. Hätte man die Anträge einzeln gestellt, wäre eine Diskussion im öffentlichen Teil möglich gewesen.

zu **Stefan Maynicke zur Hafestraße 7**

Herr Maynicke verwies auf die baulichen Reste der Gasanstalt Hafestraße 7 und fragte, ob die Verwaltung den Denkmalstatus anerkennt und eine wirtschaftliche Nachnutzung für die Liegenschaft sieht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Obere Denkmalschutzbehörde und die Denkmalschutzbehörde der Stadt die Anerkennung prüfen.

Herr Maynicke sagte, dass der Denkmalstatus für die Hafestraße 7 existiert und fragte, ob eine wirtschaftliche Nachnutzung von der Stadt gesehen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die noch nicht abgeschlossene Prüfung.

zu **Isabella Schiele zur Hafestraße 7**

Frau Schiele fragte, wie der Stadtrat das Projekt Hafestraße 7 mit dem rassistischen, gewalttätigen und ultranationalistischen Projekt, dem Haus der Kontrakultur gleichsetzen kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die nachfolgende nicht öffentliche Diskussion abzuwarten sei.

zu **Sebastian Haack zur Hafestraße 7**

Herr Haack sagte, dass er sich als Anwohner der Hafestraße nicht von der Hafestraße 7 gestört oder belästigt fühlt. Die Stadt als Kulturhauptstadt sollte solche Projekte unterstützen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass es verschiedene Meinungen auch zum Thema Kultur gibt.

Herr Bartl beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 40. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde vom Vorsitzenden, **Herrn Lange**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren 47 Stadträtinnen und Stadträte (82,46%) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.2

Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse

Vorlage: VI/2018/03737

→ **im Hauptausschuss vertagt**

TOP 7.4

Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt "Personalprüfung"

Vorlage: VI/2017/03661

→ **im Rechnungsprüfungsausschuss vertagt**

TOP 7.18.1

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE , CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Standortentscheidung für die Ehrung hallescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum im "Park der OLYMPIASIEGE" am Sportdreieck - VI/2017/03159

Vorlage: VI/2017/03662

→ **erledigt**

→ **Pkt. 2 und 3 durch Verwaltung übernommen**

TOP 7.19 + ÄA 7.19.1 und 7.19.2

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) – (Sportförderrichtlinie)

Vorlage: VI/2016/02463

→ **im Sportausschuss vertagt**

TOP 8.1

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu den Straßenausbaubeiträgen für den grundhaften Ausbau der Salzmünder Straße (2. Bauabschnitt)

Vorlage: VI/2017/03446

- **Im Ausschuss für Planungsangelegenheiten, Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften und Hauptausschuss vertagt**

TOP 8.2

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger

Vorlage: VI/2017/03457

- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.3

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Errichtung des zukünftigen Verwaltungsstandortes in Halle-Neustadt

Vorlage: VI/2018/03452

- **im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften und Hauptausschuss vertagt**

TOP 8.5

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes

Vorlage: VI/2017/03649

- **Vorschlag: vertagen**
- **Behandlung im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss im März 2018**

TOP 8.6

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Kita-Versorgung von Kindern mit fremdsprachigem Hintergrund

Vorlage: VI/2017/03286

- **im Jugendhilfeausschuss vertagt**

TOP 8.10

Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und CDU/FDP zur Änderung der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2017/03459

- **durch Antragsteller im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss als erledigt erklärt**

Weiterhin machte er auf folgende Dringlichkeiten aufmerksam und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) Beitritt zur kommunalaufsichtlichen Genehmigung vom 26. Februar 2018

Vorlage: VI/2018/03861

Abstimmungsergebnis:

Für die Aufnahme in die Tagesordnung:

einstimmig zugestimmt
48 Ja-Stimmen,
keine Nein-Stimmen,
keine Enthaltung

Beschluss zur abweichenden Beschlussfolge bei der Realisierung und Planung von Bauprojekten für den Neubau eines zentralen Schul-Ausweichquartiers samt Turnhalle auf dem Holzplatz in Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/03819

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
2/3 Mehrheit

Vorlage: VI/2018/03819

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

Vorlage: VI/2018/03856

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
2/3 Mehrheit

Vorlage: VI/2018/03856

Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Besetzung von beratenden Ausschüssen durch sachkundige Einwohner

VI/2018/03844

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
2/3 Mehrheit

Vorlage: VI/2018/03844

Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Modellprojektes zum fahrscheinlosen ÖPNV

VI/2018/03839

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
2/3 Mehrheit

Vorlage: VI/2018/3839

Zuletzt informierte er über Änderungen und Ergänzungen:

TOP 7.5.1

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur BV "Beschlussfassung zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" Vorlagen-Nr.: VI/2018/03758

Vorlage: VI/2018/03790

→ **Änderung im Beschlussvorschlag**

TOP 7.11

Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Förderschule Lernen Neustadt, Carl-Schorlemmer-Ring 62/64, 06122 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von

Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03479

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor**

TOP 7.12

Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee, Kastanienallee 7/8, 06124 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE

Vorlage: VI/2017/03496

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor**

TOP 7.15

Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung des Gymnasiums Südstadt, Kattowitzer Straße 40 a, 06128 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE

Vorlage: VI/2017/03510

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor**

TOP 7.16

Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Hanoier Straße, Hanoier Straße 1, 06132 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE

Vorlage: VI/2017/03511

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor**

TOP 7.17

Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule "Hans Christian Andersen", Seebener Straße 79, 06118 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE

Vorlage: VI/2017/03514

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor**

TOP 7.18

Standortentscheidung für die Ehrung halescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum im "PARK der OLYMPIASIEGE" am Sportdreieck

Vorlage: VI/2017/03159

→ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 8.8

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität

Vorlage: VI/2017/03465

→ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 8.11

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments

Vorlage: VI/2017/03547

→ **Beschlussvorschlag geändert; ÄA TOP 8.11.1 übernommen**

TOP 8.12

Antrag der Stadträte Markus Klätte und Helmut-Ernst Kaßner zur Erhöhung des Anteils junger Besucher bei Veranstaltungen der TOOH

Vorlage: VI/2017/03549

→ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 9.3

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle zu einer Erklärung - Keinen Platz der "Identitären Bewegung" und ihrer menschenverachtenden Ideologie

Vorlage: VI/2018/03812

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU/ FDP-Fraktion vor**

TOP 9.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Schulgartenarbeit

Vorlage: VI/2018/03809

→ **Beschlussvorschlag geändert**

Herr Wolter sagte, dass er die Notwendigkeit einer Behandlung des Tagesordnungspunktes 7.1 im nicht öffentlichen Teil nicht sieht und bat um eine Stellungnahme durch die Verwaltung. Weiterhin stellte er den Geschäftsordnungsantrag auf Behandlung im öffentlichen Teil.

Herr Schreyer antwortete, dass es sich um eine nicht öffentliche Angelegenheit handelt. Weiterhin sagte er, würde eine Behandlung im öffentlichen Teil der Ratssitzung nicht möglich sein, weil dies nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht sein würde und somit eine Beschlussfassung nicht möglich wäre.

Herr Lange fragte Herrn Wolter, ob dieser den Geschäftsordnungsantrag aufrecht hält.

Auf Bitte von **Herrn Wolter** wurde die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Herr Wolter bedankte sich bei Herrn Schreyer für die Klarstellung und zog den Geschäftsordnungsantrag zurück.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, sodass **Herr Lange** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 20.12.2017
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 31.01.2018
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse am 31.01.2018
Vorlage: VI/2018/03826
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Ehrenkodex des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03830
- 7.2. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse
Vorlage: VI/2018/03737 *vertagt*
- 7.3. Aufhebungssatzung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2017/03618
- 7.4. Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt "Personalprüfung"
Vorlage: VI/2017/03661 *vertagt*
- 7.5. Beschlussfassung zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VI/2018/03758
- 7.5.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur BV "Beschlussfassung zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" Vorlagen-Nr.: VI/2018/03758
Vorlage: VI/2018/03790
- 7.6. Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Mitte - Variantenbeschluss
Vorlage: VI/2017/03256
- 7.7. Bebauungsplan Nr. 170.2 „Böllberger Weg/Mitte, An der Hildebrandschen Mühle“ - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03439
- 7.8. Bebauungsplan Nr. 170.2 „Böllberger Weg/Mitte, An der Hildebrandschen Mühle“ - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03441
- 7.9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 30 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Vorlage: VI/2017/03413

- 7.10. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 177 „Sondergebiet SB-Warenhaus Dieselstraße“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2017/03341
- 7.11. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Förderschule Lernen Neustadt, Carl-Schorlemmer-Ring 62/64, 06122 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03479
- 7.11.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Förderschule Lernen Neustadt, Carl-Schorlemmer-Ring 62/64, 06122 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE", VI/2017/03479
Vorlage: VI/2018/03847
- 7.12. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee, Kastanienallee 7/8, 06124 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03496
- 7.12.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee, Kastanienallee 7/8, 06124 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE", VI/2017/03496
Vorlage: VI/2018/03849
- 7.13. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Turnhalle Carl-Schorlemmer-Ring 68, 06122 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03500
- 7.14. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Turnhalle Kattowitzer Straße 40, 06128 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03504
- 7.15. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung des Gymnasiums Südstadt, Kattowitzer Straße 40 a, 06128 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03510
- 7.15.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung des Gymnasiums Südstadt, Kattowitzer Straße 40 a, 06128 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE", VI/2017/03510
Vorlage: VI/2018/03846
- 7.16. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Hanoier

Straße, Hanoier Straße 1, 06132 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03511

- 7.16.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Hanoier Straße, Hanoier Straße 1, 06132 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE“, VI/2017/03511
Vorlage: VI/2018/03848
- 7.17. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule "Hans Christian Andersen", Seebener Straße 79, 06118 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03514
- 7.17.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule "Hans Christian Andersen", Seebener Straße 79, 06118 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE", VI/2017/03514
Vorlage: VI/2018/03850
- 7.18. Standortentscheidung für die Ehrung hallescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum
Vorlage: VI/2017/03159
- 7.18.1. Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE , CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage "Standortentscheidung für die Ehrung hallescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum im "Park der OLYMPIASIEGE" am Sportdreieck - VI/2017/03159
Vorlage: VI/2017/03662 *erledigt*
- 7.19. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) – (Sportförderrichtlinie)
Vorlage: VI/2016/02463 *vertagt*
- 7.19.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Sportförderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) - VI/2016/02463 - Übernahme der Empfehlungen des SSB Halle e.V. (SSB)
Vorlage: VI/2017/02793 *vertagt*
- 7.19.2. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) – (Sportförderrichtlinie)
Vorlage: VI/2017/03405 *vertagt*
- 7.20. Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit - Förderrichtlinie Soziales und Gesundheit
Vorlage: VI/2017/02985
- 7.21. 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) Beitritt zur kommunalaufsichtlichen Genehmigung vom 26. Februar 2018

Vorlage: VI/2018/03861

- 7.22. Beschluss zur abweichenden Beschlussfolge bei der Realisierung und Planung von Bauprojekten für den Neubau eines zentralen Schul-Ausweichquartiers samt Turnhalle auf dem Holzplatz in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03819
- 7.22.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur BV Beschluss zur abweichenden Beschlussfolge bei der Realisierung und Planung von Bauprojekten für den Neubau eines zentralen Schul-Ausweichquartiers samt Turnhalle auf dem Holzplatz
Vorlage: VI/2018/03865
- 7.23. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2018/03856
8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu den Straßenausbaubeiträgen für den grundhaften Ausbau der Salzmünder Straße (2. Bauabschnitt)
Vorlage: VI/2017/03446 *vertagt*
- 8.2. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger
Vorlage: VI/2017/03457 *vertagt*
- 8.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Errichtung des zukünftigen Verwaltungsstandortes in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2017/03452 *vertagt*
- 8.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erweiterung der Anspruchsberechtigten für die Nutzung des Halle-Passes A
Vorlage: VI/2017/03636
- 8.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes
Vorlage: VI/2017/03649 *vertagt*
- 8.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Kita-Versorgung von Kindern mit fremdsprachigem Hintergrund
Vorlage: VI/2017/03286 *vertagt*
- 8.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Präsentation der Moderne im Jahr 2019
Vorlage: VI/2017/03109
- 8.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität
Vorlage: VI/2017/03465
- 8.9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung
Vorlage: VI/2017/03646
- 8.10. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, BÜNDNIS 90 / DIE

GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und CDU/FDP zur Änderung der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/03459 erledigt

8.11. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD zur Einführung eines Jugendparlaments
Vorlage: VI/2017/03547

8.11.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments,
Vorlage: VI/2017/03547
Vorlage: VI/2018/03777

- 8.11.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlamentes, Vorlage: VI/2018/03777
Vorlage: VI/2018/03817
- 8.11.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und SPD zur Einführung eines Jugendparlamentes, Vorlage: VI/2017/03547
Vorlage: VI/2018/03866
- 8.12. Antrag der Stadträte Markus Klätte und Helmut-Ernst Kaßner zur Erhöhung des Anteils junger Besucher bei Veranstaltungen der TOOH
Vorlage: VI/2017/03549
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu - Zehn Jahre „Nationale Akademie der Wissenschaft“ in Halle - Würdigung durch die Stadt -
Vorlage: VI/2018/03792
- 9.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Stadtteilräten
Vorlage: VI/2018/03794
- 9.3. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle zu einer Erklärung - Keinen Platz der "Identitären Bewegung" und ihrer menschenverachtenden Ideologie
Vorlage: VI/2018/03812
- 9.3.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle zu einer Erklärung - Keinen Platz der "Identitären Bewegung" und ihrer menschenverachtenden Ideologie
Vorlage: VI/2018/03860
- 9.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Schulgartenarbeit
Vorlage: VI/2018/03809
- 9.5. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung einer praxisintegrierten Ausbildung (PiA)
Vorlage: VI/2018/03800
- 9.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Organisation des Ordnungsdienstes
Vorlage: VI/2018/03801
- 9.7. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Planung von Kitaplätzen für das Jahr 2019
Vorlage: VI/2018/03802
- 9.8. Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Besetzung von beratenden Ausschüssen durch sachkundige Einwohner
Vorlage: VI/2018/03844

- 9.9. Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Modellprojektes zum fahrscheinlosen ÖPNV
Vorlage: VI/2018/03839
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Städtebaufördermitteln
Vorlage: VI/2018/03785
- 10.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Akzeptanz der Parkraumbewirtschaftung
Vorlage: VI/2018/03786
- 10.3. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Wohnungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03791
- 10.4. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Feuerwehr in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03796
- 10.5. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum WLAN-Ausbau im Stadtgebiet und im Nahverkehr - aktueller Sachstand
Vorlage: VI/2018/03810
- 10.6. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Umsetzung eines Beschlusses, hier VI/2017/02847 - Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses
Vorlage: VI/2018/03811
- 10.7. Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zu Vergaben von Leistungen
Vorlage: VI/2017/03368
- 10.8. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (Fraktion DIE LINKE) zu Einnahmen aus der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale) - (Sondernutzungssatzung)
Vorlage: VI/2018/03818
- 10.9. Anfrage des Stadtrates Dirk Gernhardt (Fraktion DIE LINKE) zur partizipativen Lokalpolitik
Vorlage: VI/2018/03798
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zu Sportstätten
Vorlage: VI/2018/03795
- 10.11. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Entwicklungen im Bereich SGB II
Vorlage: VI/2018/03813
- 10.12. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur IT an halleschen Schulen
Vorlage: VI/2018/03814
- 10.13. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Zivil- und Katastrophenschutz
Vorlage: VI/2018/03815
- 10.14. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Schulsportanlagen
Vorlage: VI/2018/03816

- 10.15. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN zum Einsatz von Recyclingpapier
Vorlage: VI/2018/03725
- 10.16. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von
Fahrradabstellanlagen im Jahr 2018
Vorlage: VI/2018/03804
- 10.17. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Projektplanes der
Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2018/03805
- 10.18. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Maßnahmen des
Lärmaktionsplanes der Stadt Halle
Vorlage: VI/2018/03806
- 10.19. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur einem Brückenbauwerk über die
B80 in Nietleben
Vorlage: VI/2018/03807
- 10.20. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Gender Budgeting
Vorlage: VI/2017/03643
- 10.21. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu einem
Mehrwegpfandsystem für Coffee-to-go-Becher
Vorlage: VI/2018/03799
- 10.22. Anfrage der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, CDU/FDP und SPD zu gemeinsamen
Hochschulmarketingmaßnahmen der Stadt Halle (Saale) und der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: VI/2018/03803
- 11. Mitteilungen
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12.1. mündliche Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange zu Behindertenparkplätzen
- 12.2. mündliche Anfrage des Stadtrates Helmut-Ernst Kaßner zu Schlaglochbeseitigung im
Ahornweg, Rosengarten
- 12.3. mündliche Anfrage der Stadträtin Katja Müller zum Haushalt
- 12.4. mündliche Anfrage des Stadtrates Gottfried Koehn zur Straßenbeleuchtung Büschdorf-
Park
- 13. Anregungen
- 13.1. Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03797
- 14. Anträge auf Akteneinsicht
- 14.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Akteneinsicht in eine im Jahr 2017

im Auftrag der Stadt Halle erstellte Umzugsplanung für Schulen/Horte und Turnhallen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 20.12.2017

Es gab keine Wortmeldung zur Niederschrift vom 20.12.2017. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 31.01.2018

Es gab keine Wortmeldung zur Niederschrift vom 31.01.2018. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse am 31.01.2018 Vorlage: VI/2018/03826

Herr Lange wies darauf hin, dass der in nicht öffentlicher Sitzung am 31.01.2018 gefasste Beschluss vor dem Sitzungssaal ausgehängt wurde und nach Bekanntgabe im Amtsblatt veröffentlicht wird.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Zum fahrscheinlosen Nahverkehr sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Bundesregierung den kostenlosen Nahverkehr thematisiert hat, jedoch noch viele offene Fragen bestehen, welche momentan diskutiert werden. Der Städte- und Gemeindebund beschäftigt sich ebenfalls mit dem Thema. Im Modellprojekt in Tübingen wurde ermittelt, dass bei 15 Euro pro Bürger im Monat ein fahrscheinloser Nahverkehr möglich wäre. Die Infrastruktur im Ballungsraum des MDV müsste dann komplett ausgebaut werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er für alternative Finanzierungsformen offen ist. Derzeit fehlt es jedoch an den gesetzlichen Grundlagen. Weiterhin sagte er, dass das im letzten Jahr vorgestellte Bürgerticket eine denkbare Möglichkeit sein könnte.

Zum Thema Verbot von Diesel-Fahrzeugen sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Deutsche Umwelthilfe auf Einhaltung der Grenzwerte für Stickoxide geklagt hat. Das Bundesverwaltungsgericht hat kein Muss für Diesel-Fahrverbote festgestellt. Es müsste sorgfältig abgewogen werden, welche Instrumente zielführend und verhältnismäßig sind.

Sollte ein Fahrverbot in Betracht gezogen werden, müssten Übergangsfristen und Ausnahmeregeln geschaffen werden.

In Halle werden die Grenzwerte gering überschritten. Maßnahmen sind im Luftreinhalteplan des Landes, in Abstimmung mit der Stadt, vorhanden. Zudem tritt mit Eröffnung der Haupterschließungsstraße Ost, Ende 2018, eine erhebliche Entlastung ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand betonte, dass in der Stadt Halle (Saale) aktuell kein Fahrverbot für Diesel-Fahrzeuge in Betracht gezogen wird.

Zum Gimritzer Damm sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass das Planfeststellungsverfahren und die Anhörung zurzeit laufen. Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt hat die Pläne sehr ausführlich in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zeigte anhand eines Organigramms die Struktur der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland e.V. auf. Er sagte, dass sehr viele neue Themen in der Metropolregion bearbeitet werden. Besonders wichtig ist die das Projekt „Innovation im Revier“, welche sich mit dem Ausstieg aus der Braunkohle und dem damit verbundenen Strukturwandel beschäftigt.

Zur Schlüsseltechnologie 5G informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Stadt Halle (Saale) derzeit über den Mobilfunkstandard 4G LTE verfügt. Es gibt mehrere Initiativen im Bundesgebiet, damit die Entwicklung vorangeht. Ab 2022 wird mit der Verfügbarkeit von 5G gerechnet.

Weiterhin informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu den Bauarbeiten am Riebeckplatz. Diese haben planmäßig begonnen. Es wurden Anreize für weitere Investoren geschaffen. Für verschiedene städtische Grundstücke sind verschiedene Investoren an die Stadt herangetreten. Im April 2018 soll eine entsprechende Beschlussvorlage dem Stadtrat vorgelegt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte zudem zum Ideenwettbewerb für das Rondell am Riebeckplatz. Die HWG möchte ebenfalls in diesem Bereich tätig werden und prüft bereits Möglichkeiten.

Zum STAR PARK stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die aktuellen Zahlen vor: Diese sind auch in der Evaluierung des Wirtschaftsförderungskonzepts aufgeführt. Seit 2015 wurden über 300 Millionen Euro investiert und rund 2000 Arbeitsplätze geschaffen. Es gibt bereits weitere Nachfragen, welche zurzeit durch die EVG bearbeitet werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass am 26.02.2018 der Verwaltungsrat des HFC einen Sanierungsvorstand bestellt hat. Als nächstes sollen die DFB-Lizenzunterlagen versandt werden. Weiterhin soll eine Geschäftsordnung für den Sanierungsvorstand erarbeitet werden.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Feigl sagte, dass er die verschiedenen Brände, welche in der Stadt Halle in letzter Zeit stattgefunden hatten, im Bericht des Oberbürgermeisters vermisst. Seit Jahren brennen immer wieder Gebäude, besonders Industriedenkmale. Er bemängelte das fehlende Interesse der Eigentümer, der Stadt und der Ermittlungsbehörden. Weiterhin sagte er, sollte

ein starkes Zeichen, in Form einer Sonderermittlungskommission zur Brandstiftung, gesetzt werden.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Ehrenkodex des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/03830

Herr Borries führte in die Beschlussvorlage ein.

Er machte deutlich, dass dieser Ehrenkodex eine notwendige Folge eines Beschlusses des Stadtrates aus 2004 ist, als die Stadt Mitglied von Transparency International geworden ist. Ziel ist es, Korruption zu vermeiden und dies wird von allen Mitgliedern von Transparency International erwartet.

Seit dem Jahr 2002 gibt es eine Verwaltungsvorschrift in der Stadt Halle (Saale) zur Vermeidung und Bekämpfung von Korruption und im Jahr 2014 gab es für die städtische Verwaltung den entsprechenden Public Corporate Governance Kodex, der für Geschäftsführung und Aufsichtsratsmitglieder der städtischen Beteiligungen analoge Regelungen erhält.

Herr Borries ging kurz auf die Inhalte des Ehrenkodexes ein und erörterte, dass es Ziel ist, eine Transparenz herzustellen. Die enthaltenen Wertgrenzen sind analog der Wertgrenzen, die für die Verwaltung gelten.

Transparency International hat in einem Schreiben aus Februar 2018 nochmal zum Ausdruck gebracht, dass sie einen entsprechenden Beschluss des Stadtrates zu einem Ehrenkodex für sehr wichtig halten und deswegen wird um eine Entscheidung zu der Beschlussvorlage gebeten.

Herr Borries machte deutlich, dass er als Antikorruptionsbeauftragter der Stadt Halle (Saale) ein Bekenntnis in Form eines Beschlusses für erforderlich hält.

Frau Ernst verwies auf einen Abstimmungsprozess, welcher im August 2011 erfolgte und in der Niederschrift des damaligen Hauptausschusses dokumentiert ist. Demnach hat die damalige Oberbürgermeisterin den Fraktionen den Entwurf eines Ehrenkodexes auf der Grundlage des entsprechenden Stadtratsbeschlusses vorgelegt und um Rückmeldung an die Verwaltung gebeten. Es sind damals und in den darauffolgenden sechs Jahren keine Rückmeldungen aus den Fraktionen erfolgt.

Herr Senius unterstützte das Anliegen von Transparency International und sprach an, dass er den Ehrenkodex abgleichen möchte im Kontext mit den Compliance-Regelungen, die intern in der Verwaltung gelten. Er verwies deshalb die Beschlussvorlage in den Hauptausschuss.

Frau Dr. Brock hatte das gleiche Anliegen wie Herr Senius.

Damit erklärte **Herr Lange** die Beschlussvorlage als verwiesen in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag der
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Ehrenkodex des Stadtrates der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.3 Aufhebungssatzung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich
Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2017/03618**

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Doege

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Ich habe eine Frage. Die Feuerwehr erbringt ja auch Rettungsdienstleistungen, also letztendlich die Stadt. Und ich hatte schon im Umwelt und Ordnungsausschuss da nachgefragt und dort wurde gesagt, dass die Stadt ein privatrechtliches Entgelt erhebt, genau wie die anderen Leistungserbringer.

Nun ist es ja bisher so gewesen: Die Stadt hat auf der Grundlage einer Gebührensatzung einen Gebührenbescheid erstellt. Wie läuft das jetzt ab? Gibt es eine Entgeltordnung dafür? Es muss ja auch dafür eine Rechtsgrundlage geben, für derartige privatrechtlichen Rechnungen oder Forderungen, wie auch immer. Das hatte ich vergessen im Ausschuss zu fragen.

Herr Lange

Kann das jemand beantworten?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Da die Träger der Krankenkassen jetzt diese Leistungen und diese Rechnungen dann auch mit ausstellen, ist es ja durch die gesetzliche Änderung auf eine Übertragung, hat auf diese Träger dann stattgefunden. Die dann nach ihren Gebührenordnungen das Ganze dann auch abhandeln. Das heißt, da gibt es eine Rechtsgrundlage von deren Seite und die Stadtverwaltung hat dann damit für die unmittelbare Abrechnung dann nichts mehr zu tun.

Herr Doege

Das heißt, dann kommt von wem die Rechnungen an die Betroffenen? Von den Kassen? Und wer privat versichert ist, muss dann von der Stadt eine Rechnung kriegen? Davon gehe ich mal aus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, das wird intern verrechnet. Also intern wird das ausgetauscht. Von uns dann zu den Kassen.

Herr Doege

OK.

Herr Lange

Gut. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine klare Mehrheit. Die Gegenstimmen, die Stimmenenthaltungen. Damit ist einstimmig zugestimmt.

Ende Wortprotokoll

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Aufhebung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis vom 27.02.2008, zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis vom 24.06.2015, gemäß beiliegender Anlage.

**zu 7.5 Beschlussfassung zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0
der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VI/2018/03758**

**zu 7.5.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur BV
"Beschlussfassung zum Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0
der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" Vorlagen-Nr.: VI/2018/03758
Vorlage: VI/2018/03790**

Frau Müller brachte den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) ein. Die Fraktion vertritt die Auffassung, dass die Bühnen in der Stadt Halle (Saale) weder in der Qualität noch im Umfang eingeschränkt werden dürfen.

Die Fraktion steht zu dem neuen Strukturanpassungskonzept und auch zu dem Vorschlag, dass das Orchester auf 115 Musiker reduziert werden soll. An einer Stelle geht die Fraktion nicht mit und deshalb wurde der Änderungsantrag gestellt. Eine Konsolidierung sollte nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stattfinden und deshalb sollte versucht werden, in die Verhandlungen mit dem Land mit der eigentlichen Summe hineinzugehen und nicht schon von vornherein eine Kürzung des 13. Gehaltes anzubieten.

Die Stadt Halle (Saale) sollte hier ein Zeichen setzen, damit nicht ständig nach unten korrigiert wird. Deswegen plädierte sie für die Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

Frau Dr. Brock sagte, dass die qualitative Untersetzung des Strukturanpassungskonzeptes die Stadt in eine gute Verhandlungsposition mit dem Land bringt, da damit deutlich gemacht wird, was den Sinn des Abbaus insbesondere im Orchester betrifft. Die Spielbarkeit des Orchesters kann nur gewährleistet werden, wenn 115 Mitarbeiter beschäftigt werden können und die Einnahmen für zwei parallel funktionierende Klangkörper generiert werden können.

Diesem Konzept sollte mit einer starken Mehrheit unterstützend auf dem Weg in das Land beigestanden werden. Die Strategie des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates ist nachvollziehbar, da generell eine höhere Zuschusssumme benötigt wird, um die Fehler aus 2014 zu korrigieren und eine zukunftsfähige TOOH zu generieren und deswegen ein gewisser Eigenanteil getragen werden soll. Der Gehaltsverzicht soll mit Freizeit abgeglichen werden und dies wurde mit der Belegschaft abgestimmt.

Bezüglich des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE stellte **Frau Dr. Brock** die Frage, ob mit einer Maximalforderung in die Verhandlungen mit dem Land gegangen werden soll oder mit einer realistischen Forderung, die besagt, dass die Bereitschaft zum Tragen eines Eigenanteils besteht. Ihre Fraktion unterstützt den zweiten Weg.

Durch **Frau Dr. Wünscher** wurde ebenfalls an den Realitätssinn appelliert. Es wurde festgestellt, dass das erste Strukturanpassungskonzept gescheitert und nicht durchsetzbar war. Mit dieser Feststellung wird jetzt in die Verhandlungen mit dem Land gegangen.

Mit dem neuen Strukturanpassungskonzept werden begründet 16 Musiker mehr benötigt, in der Hoffnung, dass das Land dies genehmigt. Dafür werden mehr finanzielle Mittel vom Land benötigt und es soll selbst etwas dazu beigetragen werden. Das heißt, es werden 1,7 Millionen Euro dazu benötigt.

Sie wies darauf hin, dass nicht von einem 13. Monatsgehalt in dem Konzept die Rede ist, sondern von 5 % Gehaltsverzicht und dass dies erst oberhalb einer Gehaltsgrenze von 2.400 Euro Brutto sein soll. Also soll sich nicht die gesamte Belegschaft der TOOH daran beteiligt werden, da hier eine soziale Staffelung erfolgte. Außerdem wird dieser Gehaltsverzicht mit einem Freizeitausgleich angeboten. Freizeit ist in der heutigen Zeit eine messbare und geschätzte Größe. Wenn dieses Konzept beim Land durchsetzbar ist, wurde gut verhandelt und für die Stadt viel erreicht.

Frau Dr. Wünscher verwies auf die aktuellen Äußerungen des Staatsministers, welche klarmachen, dass man nicht Kürzungen vornehmen und gleichzeitig auf Tariftreue bestehen kann. Sie plädierte für eine Zustimmung zu dem jetzt vorgelegten Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept.

Herr Dr. Wend bat alle Beteiligten, sich den gesamten Prozess noch einmal anzuschauen. Seine Fraktion findet es auch nicht gut, dass eine Gehaltsschmälerung stattfindet, auch wenn viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TOOH es durchaus schätzen, dafür einen Freizeitausgleich bekommen zu können.

Im Aufsichtsrat wurde mit drei Mitarbeitervertretern gesessen, wo über dieses Strukturanpassungskonzept sehr viel gesprochen und die Probleme auch sehr verantwortungsvoll abgewogen wurden. Er erwähnte, dass im Aufsichtsrat auch ein Vertreter der Fraktion DIE LINKE dabei ist. Es wurde damals etwas entwickelt, was auch Realitätssinn hat, umso mehr verwunderte ihn jetzt der vorliegende Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Herrn Dr. Wend erklärte, dass mit diesem Konzept ein gutes Verhandlungsangebot an das Land besteht und deshalb geschlossen in diese Verhandlungen gegangen werden sollte.

Frau Hinniger warb nochmals für den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Sie machte deutlich, dass außer den Verhandlungen mit dem Land vorab auch noch mit den Gewerkschaftsvertretern verhandelt werden muss, was mit Sicherheit nicht einfach sein dürfte.

Wenn dieses Strukturanpassungskonzept so beschlossen wird, empfindet sie dies auch als Druckmittel für die Gewerkschaftsvertreter und jeden einzelnen Mitarbeiter der TOOH. Wenn Mitarbeiter so viel Interesse an einem Freizeitausgleich hätten, könnten auch Teilzeitverträge o. ä. angeboten werden, sodass dann auch Gehaltskosten gespart werden könnten.

Sie machte deutlich, dass ihre Fraktion das Strukturanpassungskonzept auch positiv findet und drückte ihre Wertschätzung gegenüber dem Geschäftsführer der TOOH aus, dass dieser dem Land von vornherein eine Verhandlungsbasis anbieten möchte. Dennoch sollte versucht werden, mit dem Land nicht gleich von vornherein über geschmälernten Gehaltsverzicht von Mitarbeitern zu verhandeln.

Herr Wolter erklärte gegenüber Herrn Dr. Wend, dass es zum einen um die Diskussion im Aufsichtsrat und zum anderen um die Diskussion im Stadtrat mit seinen Ausschüssen geht. Im Finanzausschuss wurde über den Änderungsantrag intensiv diskutiert. Die Gesellschafter entscheiden über die Finanzierung und führen die Verhandlungen mit dem Land und nicht die GmbH selber.

Seine Fraktion steht dem Strukturangepassungskonzept auch positiv gegenüber, da dies eine sehr gut untersetzte und nachvollziehbare Vorlage ist, die viel korrigiert, was 2014 von dem Stadtrat in Auftrag gegeben wurde. Das Scheitern des Konzeptes von 2014 musste von allen eingestanden werden, da dies so nicht umsetzbar war.

Herr Wolter sagte, dass er den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE absolut nachvollziehen kann und diesen auch als berechtigt gestellt empfindet. In den Verhandlungen mit dem Land muss auch klar gemacht werden, dass die Stadt das alte Konzept korrigiert hat und in den letzten Jahren 7 Millionen Euro zusätzlich finanziert hat und nicht das Land. Das Land hat die Kosten- und Zuschussreduzierung vorgenommen und hat andererseits die Veranstaltungen der Oper oder der Händelfestspiele mit ihren Regierungsvertretern mitgefeiert und erlebt, was die TOOH hier geleistet hat.

Deswegen plädierte er dafür, in die Verhandlungen mit dem Land strategisch selbstbewusst hineinzugehen, da hier ein gutes Konzept vorgewiesen wird und die Forderung einer gemeinsamen Finanzierung durch Land und Stadt berechtigt ist.

Mit dem neuen Konzept müsste das Land 2 Millionen Euro mehr zahlen und die Stadt zahlt auf Grund der Dynamisierungsmittel 2 Millionen Euro mehr als bisher und zusätzlich wird von den Mitarbeitern erwartet, durch eine Arbeitszeiteinsparung dazu mit beizutragen.

Am 09. März finden die Gespräche mit den Gewerkschaftsvertretern statt, es gibt bis jetzt noch keine Vorabsprachen, die tarifrechtlich schon wirksam sind.

Deswegen erklärte Herr Wolter, dass er im Finanzausschuss dem Änderungsantrag zugestimmt hatte und plädierte auch hier dafür, betonte aber, dass auf Grund unterschiedlicher Bewertungen seine Fraktion dem nicht einstimmig zustimmen wird.

Herr Krause machte deutlich, dass es ein unterschiedlicher Ansatz ist, wie eine Strategie gesehen wird. Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE kommt zunächst positiv an, es lohnt sich zu kämpfen. Aber seine Fraktion hält diesen Ansatz für unrealistisch.

Die Sozialpartner, die am 09. März 2018 zusammenkommen, werden ihre eigenen Forderungen aufmachen, die von dem Entscheidungsprozess im Stadtrat unberührt ist.

Diese werden sehr genau hinschauen, inwieweit Individualinteressen von Einzelnen berücksichtigt werden.

Hier ist der Sachverhalt, wie in die Verhandlungen mit dem Land hinein gegangen werden soll. Seiner Fraktion ist klar, dass das Land eine Maximalforderung für absurd halten wird. Trotz eines Verständnisses für den Änderungsantrag sieht seine Fraktion diesen als kontraproduktiv an.

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst läuft und diese mit 6 % Forderung angegangen wird. Welche Gewerkschaft hatte vor 1 ½ Monaten die gleiche Forderung gestellt und dann ca. 3,5 % herausbekommen? Was wäre gewesen, wenn diese Gewerkschaft von vornherein mit 3,5 % in die Verhandlung gegangen wäre, was wäre dann übrig geblieben? Dies als Hinweis zu der Thematik Strategie. Man versucht immer mit dem Maximum in die Verhandlungen zu gehen, um ein Maximum für den betreffenden Personenkreis zu erreichen.

Er sprach an, dass in dem Fall der TOO H auch kein Eigenanteil erbracht werden muss, wofür sollte dieser sein? Das 2014 beschlossene, falsche Konzept war auf Grund der Streichungen von Landesmitteln erstellt worden und hatte leider damals eine Mehrheit im Stadtrat erfahren. Jetzt wurde dieses Konzept konzeptionell korrigiert und vom Aufsichtsrat dem auch so zugestimmt. Das Land hat vor vier Jahren rund 2,9 Millionen Euro Kürzungen vorgenommen und demzufolge wurde die TOO H bereits um 55 Mitarbeiter gekürzt. Es muss kein Eigenanteil von vornherein erbracht werden, das Land trägt hier eine Verantwortung.

Es sollte doch versucht werden, erst einmal alles auszureizen und so sollte auch in die Verhandlungen mit dem Land gegangen werden.

Frau Müller wandte sich an Frau Dr. Wünsch, zu dem in dem neuen Konzept angesprochenem 13. Monatsgehalt. Dies lässt sich u. a. auf der Seite 25 Punkt 5.1.3 nachlesen.

Sie machte nochmals deutlich, dass sie nicht versteht, warum man nicht mit der Maximalvariante erst einmal in die Verhandlungen mit dem Land hineingeht. Das Land soll öffentlich sagen, was es von der Forderung hält. Es gab den ausdrücklichen Wunsch aus den Haustarifverträgen 2014 auszusteigen und es gibt dazu auch keine gegenteiligen Äußerungen. Diese selbstbewusste Forderung sollte die Stadt stellen und auf die Reaktion des Landes warten und dann wird weitergesehen.

Herr Borggrefe sprach an, dass er sich aus der Diskussion heraushalten wollte, da er sich als Orchestervorsitzender als befangen sieht, kann sich aber auf Grund der gesamten Diskussion dem doch nicht entziehen und möchte einiges richtigstellen.

In dem ganzen Prozess ziehen alle Beschäftigten an einem Strang und die Arbeitnehmer lassen sich auch professionell beraten. Der Arbeitgeber ist im ständigen Austausch mit dem Bühnenverein und der Bühnenverein und die Gewerkschaften stehen ebenfalls im Austausch. Es gibt kein Konfrontationsszenarium, wie dies hier dargestellt wurde.

Es soll gemeinsam etwas für die Kultur erreicht werden und dieser Prozess ist seit 1 ½ Jahren im Gang und geht in die richtige Richtung. Auch der Aufsichtsrat hat sich viel damit beschäftigt, es gab Workshops und überall konkrete Gespräche.

Herr Borggrefe erklärte, dass das jetzt erreichte Ergebnis von ihm als Arbeitnehmer der TOO H, Orchestervorsitzender und im Namen des Gesamtbetriebsrates und auch im Namen der Künstler so angesehen wird, dass dies auf einem guten Weg ist. Vielleicht wird dadurch im Land auch etwas erreicht.

Herr Lange sprach Herrn Borggrefe an, da sich dieser einleitend als für befangen erklärt hatte. Er fragte, ob dieser bei seiner Auffassung bleibt, da er dann im Mitwirkungsverbot wäre.

Herr Borggrefe erklärte, dass er sich als emotional befangen sieht, die Entscheidung, ob er tatsächlich befangen sei, überließ er dem Rechtsamtsleiter.

Herr Lange erwiderte, dass er sich mit Herrn Schreyer kurzgeschlossen hatte und es so angesehen wird, dass Herr Borggrefe keinen Vor- oder Nachteil hätte, egal wie der Beschluss ausfällt, deswegen wurde auch nicht vermutet, dass er im Mitwirkungsverbot wäre.

Herr Borggrefe entschied, den Saal vorsorglich zu verlassen und hoffte, dass seine Auffassung und Äußerungen nicht angefochten werden.

Herr Lange fragte, ob aus dem Stadtrat heraus jemand das anders sieht.

Dies war nicht der Fall, sodass **Herr Lange** es Herrn Borggreve überließ, seine persönliche Konsequenz mit dem Verlassen des Saals deutlich zu machen. Er wies darauf hin, dass er korrekterweise dies abfragen musste.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Lange** zuerst um Abstimmung des Änderungsantrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Von den vier Kernpunkten der Planungen der Theater- Oper und Orchester GmbH 2019 bis 2023 (S. 31) wird der Punkt „Abschluss einer tariflichen Sonderregelung für alle 476 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TOO mit einem Einspareffekt von T€ 1.560“ gestrichen. ~~Der benötigte Grundzuschuss für die Gesellschaft in den Jahren 2019 bis 2023 erhöht sich damit um T€ 3.26. Dies ist seitens der Stadt Halle (Saale) in den Verhandlungen mit dem Land zu berücksichtigen.~~

Demzufolge entfällt Pkt. 5.1.3.

Der außerordentliche, zusätzliche Liquiditätszuschuss erhöht sich somit um 1,56 Mio. Euro auf 3,274 Mio. Euro.

Anschließend rief **Herr Lange** zur Beschlussfassung der nicht geänderten Beschlussvorlage auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Das Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept 2.0 zur zukünftigen Ausrichtung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird bestätigt.

zu 7.6 Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Mitte - Variantenbeschluss
Vorlage: VI/2017/03256

Herr Feigl sagte, dass der Ausbau der Merseburger Straße durch das Verkehrsaufkommen nicht gerechtfertigt ist. Die benötigten zusätzlichen Grundstücksankäufe sind noch nicht alle getätigt wurden und die Finanzierung ist nicht gesichert. Er plädierte dafür, nicht zuzustimmen und damit die Schadstoffbelastung in der Stadt nicht unnötig zu erhöhen. Der bereits gefasste Beschluss sollte in diesem Zusammenhang überdacht werden.

Herr Eigendorf sagte, dass der Komfort für alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen geschafft werden soll. In der Planung wurde dies berücksichtigt und Herr Eigendorf sprach sich lobend dafür aus.

Herr Schied sprach sich gegen den vierspurigen Ausbau der Merseburger Str. aus. Aufgrund der Vierspurigkeit müssen entlang der Straße Bäume gefällt werden. Weiterhin gibt

es viele Anwohner, die durch den Ausbau einem größeren Verkehrsaufkommen ausgesetzt sind. Bei zwei Haltestellen können keine Haltestelleninseln gebaut und somit keine intelligente Ampelschaltung eingebaut werden.

Herr Scholtyssek bedankte sich für die Vorlage bei der Verwaltung. Er sagte, dass es sich nicht um einen Ausbau handelt, sondern um einen Neubau, von dem was bisher da ist.

Herr Schramm sagte, dass von 2002 bis 2008 12 % der 18- bis 24-Jährigen auf die Autonutzung verzichtet haben. In den nächsten Jahren wird es erhebliche Veränderungen in der Nutzung des ÖPNV geben, Carsharing wird dabei eine wichtige Rolle spielen.

Herr Schied sagte, dass der Verkehr in der Merseburger Straße durch die Straßenbahn ausgebremst wird. Durch Haltestelleninseln könnte man eine intelligente Ampelschaltung einführen. Es geht nicht darum, mehr Autos auf die Straße zu bekommen, sondern dass die Autos schneller von A nach B kommen.

Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Variante der Vorplanung zum vierstreifigen Ausbau der Merseburger Straße Mitte einschließlich der Gestaltungsprinzipien wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.

Die Maßnahmeträgerin des Stadtbahnprogramms Halle wird beauftragt, auf dieser Basis gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) und dem Fördermittelgeber ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten.

Herr Lange unterbrach die Sitzung um 16:50 Uhr für eine halbstündige Pause.

**zu 7.7 Bebauungsplan Nr. 170.2 „Böllberger Weg/Mitte, An der Hildebrandschen Mühle“ - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03439**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 170.2 „Böllberger Weg/Mitte, An der Hildebrandschen Mühle“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und

sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 7.8 Bebauungsplan Nr. 170.2 „Böllberger Weg/Mitte, An der Hildebrandschen Mühle“ - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03441**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 170.2 „Böllberger Weg/Mitte, An der Hildebrandschen Mühle“, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 22. November 2017 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 22. November 2017 wird gebilligt.

**zu 7.9 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 30
„Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße“ - Beschluss
zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2017/03413**

Herr Feigl sagte, dass die IHK sich ablehnend gegenüber dem Vorhaben geäußert hat. Auch das Landesverwaltungsamt steht dem kritisch gegenüber. Die Gutachter haben ausführlich Zweifel dargestellt. Aufgrund der Ablehnung durch die Fachleute sollte das Vorhaben gestoppt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Lange** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 30 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße“ einschließlich der Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom 30.11.2017.
2. Der Entwurf des Änderungsplanes des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 30 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht sind öffentlich auszulegen.

**zu 7.10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 177 „Sondergebiet SB-Warenhaus Dieselstraße“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2017/03341**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 177 „Sondergebiet SB-Warenhaus Dieselstraße“ in der Fassung vom 30.11.2017 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 177 „Sondergebiet SB-Warenhaus Dieselstraße“ in der Fassung vom 30.11.2017 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 7.11 Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Förderschule Lernen Neustadt, Carl-Schorlemmer-Ring 62/64, 06122 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03479**

**zu 7.11.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Förderschule Lernen Neustadt, Carl-Schorlemmer-Ring 62/64, 06122 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE", VI/2017/03479
Vorlage: VI/2018/03847**

Frau Dr. Brock brachte den Änderungsantrag ein und sagte, dass auch andere Behinderungen als nur die Bewegungseingeschränkten, berücksichtigt wurden. Sie fragte, ob die in der Stellungnahme dargestellten Maßnahmen Teil der Beschlussvorlage und somit fest eingeplant sind. In der Anlage wird vermittelt, dass es nur um 20 Schüler geht. Jedoch könnte die mangelnde Barrierefreiheit der Grund sein, dass wenige Schüler eine Regelschule besuchen können.

Zum Punkt zwei des Änderungsantrages sagte **Frau Dr. Brock**, dass die Außenanlagen ebenfalls zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorgelegt werden.

Frau Dr. Brock beantragte EinzelpunktAbstimmung.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass eine ausführliche Stellungnahme eingestellt ist und dargestellt wurde, wie die Abstimmungen mit den Schulen erfolgten. Die Barrierefreiheit wird umfangreich umgesetzt, wobei es auch nicht nur um mobilitätseingeschränkte Personen geht. Der Baubeschluss ist das Ergebnis eines sehr komplizierten Abwägungsprozesses. Die zeitliche Schiene und die Rahmenbedingungen sind sehr eng gefasst. Es wurde abgewogen, was mit den Vorgaben umgesetzt werden kann. Die Planung der Außenanlagen ist noch nicht konkret erarbeitet, da wird es enge Absprachen mit der Schule geben.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass im Vergabeausschuss durch Herrn Wolter auf einen Beschluss des Stadtrates hingewiesen wurde, nach dem bei Sanierungen oder Neubau von öffentlichen Gebäuden die Barrierefreiheit umzusetzen ist. Das Argument von zusätzlichen Kosten kann hier nicht zählen. Nachträgliche Einrichtungen für die Barrierefreiheit sind immer teurer. Bei der Kastanienallee steht in der Begründung, dass der Fördermittelbescheid

im Januar in Höhe von 3,3 Millionen Euro mit einer Förderquote von 43 % eingegangen ist. Normalerweise sind 55 % förderfähig. Er fragte, wieso die niedrigere Förderquote bei der Kastanienallee möglich und bei allen anderen nicht möglich ist. Weiterhin sagte er, dass die Kosten für die energetische Sanierung nicht mit denen in der Vorlage angegebenen Werten überein stimmen. Er fragte, wie ein Beschluss gefasst werden soll, wenn nur 43 % der beantragten Fördersumme bewilligt werden, aber 55 % erreicht werden müssen.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass im Antrag mehr als 50 % nachgewiesen werden müssen, da sonst keine Förderung bewilligt wird.

Herr Schiedung sprach sich gegen den Punkt 1 des Änderungsantrages aus. Barrierefreiheit muss in zwei Ebenen betrachtet werden, der baulichen und die individuelle Barrierefreiheit. Beim Blindenleitsystem gibt es viele verschiedene Varianten. Wenn die Schule jetzt besonders bunt oder mit grellen Farben gestaltet wird, muss man sich Gedanken über Autisten machen. Diesen Personen tun solche Farben nicht gut. Wenn ein bestimmter Fall auftritt, sollte beraten und eine individuelle Barrierefreiheit an der Wunschschule verwirklicht werden.

Herr Schachtschneider sagte, dass grundlegend etwas vorgehalten werden sollte, aber nicht die Gesamtförderung in Gefahr gebracht werden darf. Er fragte, wie stark die Verzögerung wäre, wenn der Änderungsantrag umgesetzt werden würde.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass zuerst geprüft werden müsste, welches Leitsystem ausgewählt wird. Dadurch wäre der gesamte Zeitplan hinfällig.

Frau Dr. Brock äußerte Unverständnis darüber, dass die Vorlage überhaupt so vorgelegt wird, da der Beschluss dazu schon älter ist und dieser hätte berücksichtigt werden müssen. Alle Schulen sollen die gesamten Anforderungen erfüllen und jedes Kind soll in jede Schule gehen können.

Herr Schiedung sagte, dass eine allumfassende Barrierefreiheit nicht umgesetzt werden kann. Die baulichen Grundlagen müssen stimmen, die restlichen individuellen Maßnahmen sollten nachträglich, je nach Bedarf, umgesetzt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Lange** ließ zunächst die einzelnen Punkte des Änderungsantrags abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

Pkt. 2	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlusstext wird um folgende Punkte 2. und 3. ergänzt:

2. Die Entwurfsplanung wird dahingehend überarbeitet, dass die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen zur Erzielung von Barrierefreiheit ergänzt werden, sodass eine Beschulung von Schüler*innen mit körperlichen Beeinträchtigungen (Blindheit, Gehbehinderung, Gehörlosigkeit, Rollstuhlnutzung, Schwerhörigkeit, Sehbehinderung) ermöglicht wird.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Sanierung der Außenanlagen den zuständigen Stadtratsgremien eine mit den Schulgremien abgestimmte konkretisierende Maßnahmenplanung nebst zeichnerischer Darstellung als Baubeschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

Nun ließ **Herr Lange** die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die energetische und allgemeine Sanierung der Förderschule Lernen Neustadt, Carl-Schorlemmer-Ring-62/64 in 06122 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Rahmen des Programms STARK III plus EFRE.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Sanierung der Außenanlagen den zuständigen Stadtratsgremien eine mit den Schulgremien abgestimmte konkretisierende Maßnahmenplanung nebst zeichnerischer Darstellung als Baubeschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 7.12 Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee, Kastanienallee 7/8, 06124 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03496**

**zu 7.12.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee, Kastanienallee 7/8, 06124 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE“, VI/2017/03496
Vorlage: VI/2018/03849**

Herr Dr. Meerheim fragte, warum die Zahlen unterschiedlich sind. In der Beschlussvorlage für die Schule ab Holzplatz werden 7,6 Million Euro für energetische und allgemeine Sanierung aufgezeigt. In der Vorlage zur Gemeinschaftsschule Kastanienallee werden 9,36 Millionen Euro ausgewiesen. Dies ist ein Unterschied von 1,7 Millionen Euro. In der Begründung der Dringlichkeit wurde von einer Fördermittelzusage von 3,3 Millionen Euro gesprochen.

Im Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee stehen 3,6 Millionen Euro drin. Er fragte nach den richtigen Zahlen, damit bekannt ist, über welche Zahlen beschlossen wird.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Zahlen im Baubeschluss die richtigen sind.

Herr Dr. Meerheim fragte zu den unterschiedlichen Kosten für die energetische Sanierung. In den Tabellen wird erklärt wie sich die Kosten zusammensetzen. Er fragte, welche Änderungen es gibt.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass es einen Unterschied bei der Bewilligung von 280.000 Euro gibt. Dieser muss aus eigenen Mitteln gedeckt werden.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass dann die Vorlage geändert werden muss. Er fragte, wo die Eigenmittel herkommen.

Herr Lange bat darum, dass Zahlenwerk nochmal verständlich darzustellen.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass es sich bei der Dringlichkeit um den Variantenbeschluss handelt und der Baubeschluss erst im März kommt.

Herr Lange sagte, dass in der Dringlichkeit andere Zahlen zur Kastanienallee stehen und fragte, warum diese anders sind.

Auf Bitte von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass im Baubeschluss Gesamtkosten von 9,362 Millionen Euro inklusive der Kosten für die Außenanlagen stehen. In der Dringlichkeitsvorlage sind die Außenanlagen nicht mit aufgeführt, diese umfassen 1,4 Millionen Euro. In der Dringlichkeitsvorlage wurden die Kosten für das Gebäude dargestellt, da dieses Teil der STARK III-Förderung ist. Fördermittel in Höhe von 3,3 Millionen Euro sind bewilligt, die Differenz zu 3,6 Millionen Euro wird im Haushaltsplan 2019 nachgewiesen.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass, wenn es sich um die Außenanlagen handelt, ein Betrag von 1,365 Millionen Euro zu Buche steht. Der Unterschied betrug jedoch 1,7 Millionen Euro. Es fehlen also noch um die 200.000 Euro.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die 3,3 Millionen Euro Fördermittel noch nicht im Baubeschluss stehen, da dieser älter ist. In der Tabelle bei Einnahmen/Einzahlungen wird die 3,6 auf 3,3 geändert aber die Auszahlungen bleiben gleich. Im Haushaltsplan 2019 werden die fehlenden 280.000 Euro in den Eigenmitteln ausgewiesen. Der Unterschied aus den gerundeten 7,6 Millionen Euro und den 9,4 Millionen Euro sind die Außenanlagen.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die 350.000 Euro nicht nachweislich erklärt wurden. Es ist bisher nicht geklärt, wo der Unterschied herkommt.

Frau Brederlow sagte, dass der Zuwendungsbescheid seit Januar vorliegt. Im Baubeschluss stehen die Zahlen, welche im Haushalt abgebildet sind. Bisher wurden die Baubeschlüsse gefasst und der Ausgleich der Unterschiedsbeträge in den folgenden Haushaltsjahren aufgezeigt.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die 300.000 Euro ein Unterschied in den aufgestellten Kosten darstellt. Laut Fördermittelbescheid wurden Kosten von 7,6 Millionen Euro aufgezeigt. In der Vorlage stehen 9,4 Millionen Euro. Die Außenanlagen plus Ausstattung und Kunstwerke werden mit 1,36 Millionen in der Vorlage angegeben. Zwischen dem Fehlbetrag von 1,76 Millionen Euro und den aufgezeigten 1,36 Millionen Euro steht eine Differenz. Diese Differenz möchte er erklärt haben.

Herr Schachtschneider fragte, ob es sich um einen Rechenfehler handelt.

Herr Raue fragte, woraus sich eine so hohe Summe von 1,6 Millionen für Architektenleistungen ergibt.

Herr Lange sagte, diesen Tagesordnungspunkt nun erst einmal zu unterbrechen und in der Tagesordnung fortzufahren. Die Verwaltung wird in der Zwischenzeit eine Klärung des Sachverhaltes herbeiführen.

Die Tagesordnung wurde bis zum TOP 7.17 fortgeführt. Anschließend übergab **Herr Lange** das Wort an Herrn Heinz.

Herr Heinz sprach an, dass die Zahlen des Baubeschlusses als Punkt 1 richtig dargestellt wurden, es handelt sich um rund 9,3 Millionen Euro Gesamtinvestitionssumme. Er verwies auf die Ziffer drei, unter welcher die einzelnen Kostengruppen aktuell enthalten sind. Die verminderten Fördermittel würden keinen Einfluss haben, dass diese Kosten so entstehen und unverzichtbar sind.

Er verwies auf eine Formulierung in der Begründung zum Holzplatz, wo die Wichtigkeit dieses Projektes unterstrichen wurde. Dort wurde eine Summe von 7,6 Millionen Euro herangezogen, die von den 9,6 Millionen Euro abweicht. In dem Verweis wurden lediglich die Maßnahmen und Anlagenteile dargestellt, die vom Fördermittelgeber gefördert werden. Dort sind nicht die Außenanlagen enthalten. In der KG 500 sind dies rund 1,6 Millionen Euro. Das sind auch nicht die Ausstattungen und Kunstwerke, Kostengruppe 600 runde 310.000 Euro. Der Anteil an Baunebenkosten, die Planungskosten, wurde bisher nicht dargelegt. Wenn in den Außenanlagen von 1 Million Euro rund 25 % abgezogen werden, wird in eine Summe gekommen, was dieser Verweis im Holzplatz bedeuten sollte, von rund 7,5 Millionen Euro.

Herr Dr. Meerheim sprach an, dass die angegebenen 25 % so nicht stimmen, sondern dies deutlich weniger ist. Demzufolge wird nicht auf die 400.000 Euro gekommen, sondern maximal auf 200.000 Euro und das bedeutet eine Deckungslücke von 200.000 Euro, wenn 1,36 Millionen Euro - Ausstattung und Außenanlagen zusammen – nicht in die Summe reingehen. Aber die Differenz zwischen 7,6 und 9,36 Millionen Euro beträgt 1,76 Millionen Euro. Wenn jetzt 200.000 Euro zu den 1,36 Millionen Euro dazu gerechnet werden, ergibt dies eine Summe von 1,56 Millionen Euro. Also bleibt noch ein Delta von 200.000 Euro übrig.

Herr Dr. Meerheim äußerte seinen Unmut über die falsch dargestellten Zahlen. Er bat um eine Erklärung zu den 200.000 Euro.

Herr Heinz erklärte, dass es keine Diskrepanz vom eigentlichen verbindlichen Baubeschluss und der Erläuterung, warum der Holzplatz so wichtig ist, gibt.

Herr Lange sagte eine 10-minütige Unterbrechung der Sitzung an, damit die Verwaltung nochmals eine Klärung herbeiführen kann.

Nach der Unterbrechung gab **Herr Lange** an Frau Dr. Marquardt das Wort.

Frau Dr. Marquardt sprach an, dass die Gesamtmaßnahme ca. 9,4 Millionen Euro kostet. Diese Zahl wird in der Begründung der Dringlichkeitsvorlage korrigiert. Es handelt sich nicht um die 7,6 Millionen Euro, welche irrtümlich in der Vorlage enthalten ist, sondern um 9,4 Millionen Euro.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Lange** zuerst zur Abstimmung des Änderungsantrages auf.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 2 mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Der Beschlusstext wird um folgende Punkte 2. und 3. ergänzt:

2. Die Entwurfsplanung wird dahingehend überarbeitet, dass die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen zur Erzielung von Barrierefreiheit ergänzt werden, sodass eine Beschulung von Schüler*innen mit körperlichen Beeinträchtigungen (Blindheit, Gehbehinderung, Gehörlosigkeit, Rollstuhlnutzung, Schwerhörigkeit, Sehbehinderung) ermöglicht wird.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Sanierung der Außenanlagen den zuständigen Stadtratsgremien eine mit den Schulgremien abgestimmte konkretisierende Maßnahmenplanung nebst zeichnerischer Darstellung als Baubeschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

Nun ließ **Herr Lange** die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die energetische und allgemeine Sanierung der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee, Kastanienallee 7/8 in 06124 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Rahmen des Programms STARK III plus EFRE.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Sanierung der Außenanlagen den zuständigen Stadtratsgremien eine mit den Schulgremien abgestimmte konkretisierende Maßnahmenplanung nebst zeichnerischer Darstellung als Baubeschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 7.13 Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Turnhalle Carl-Schorlemmer-Ring 68, 06122 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03500**

Herr Raue fragte zu allen Sanierungsmaßnahmen, ob die Stadt bei der Kostengruppe 700 auch eigene Leistungen erbringt oder alle Leistungen extern vergibt.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Kosten nach HOAI berechnet wurden.

Herr Raue fragte, ob das auf Angeboten basiert und in welcher Leistungsphase man sich befindet.

Frau Dr. Marquardt antwortet, dass dies die Standardkosten für eine solche Baumaßnahme sind.

Herr Raue fragte, ob die Planungsleistungen bereits vergeben wurden oder ob es sich um eine kalkulatorische Größe handelt.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass Planungsleistungen für den Baubeschluss bereits benötigt wurden und es jetzt nach und nach so weiter geht.

Herr Raue fragte, ob dafür eine Akteneinsicht beantragt werden kann.

Herr Lange antwortete, dass er ihm dies im Anschluss erklärt, wie die Akteneinsicht für fraktionslose Stadträte erfolgt.

Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die energetische und allgemeine Sanierung der Turnhalle Carl-Schorlemmer-Ring 68 in 06122 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Rahmen des Programms STARK III plus EFRE.

zu 7.14 Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Turnhalle Kattowitzer Straße 40, 06128 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03504

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Lange** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE, die energetische und allgemeine Sanierung der Turnhalle Kattowitzer Straße 40 in 06128 Halle (Saale).

zu 7.15 Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung des Gymnasiums Südstadt, Kattowitzer Straße 40 a, 06128 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03510

zu 7.15.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung des Gymnasiums Südstadt, Kattowitzer Straße 40 a, 06128 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Lange** um Abstimmung und ließ zuerst den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

EinzelpunktAbstimmung

Pkt. 2	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 3	einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlusstext wird um folgende Punkte 2. und 3. ergänzt:

2. Die Entwurfsplanung wird dahingehend überarbeitet, dass die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen zur Erzielung von Barrierefreiheit ergänzt werden, sodass eine Beschulung von Schüler*innen mit körperlichen Beeinträchtigungen (Blindheit, Gehbehinderung, Gehörlosigkeit, Rollstuhlnutzung, Schwerhörigkeit, Sehbehinderung) ermöglicht wird.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Sanierung der Außenanlagen den zuständigen Stadtratsgremien eine mit den Schulgremien abgestimmte konkretisierende Maßnahmenplanung nebst zeichnerischer Darstellung als Baubeschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Lange ließ den geänderten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE, die energetische und allgemeine Sanierung des Gymnasiums Südstadt, Kattowitzer Straße 40 a, 06128 Halle (Saale).

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Sanierung der Außenanlagen den zuständigen Stadtratsgremien eine mit den Schulgremien abgestimmte konkretisierende Maßnahmenplanung nebst zeichnerischer Darstellung als Baubeschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 7.16 Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Hanoier Straße, Hanoier Straße 1, 06132 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03511**

**zu 7.16.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage „Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung
der Grundschule Hanoier Straße, Hanoier Straße 1, 06132 Halle (Saale),
unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des
Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE“, VI/2017/03511
Vorlage: VI/2018/03848**

Herr Wolter fragte nach dem Ergebnis des Gespräches zwischen der Schulleitung und der Verwaltung, welches am Montag stattfinden sollte. Außerdem wollte er wissen, was die Zielstellung des Baubeschlusses im Sinne der Auslassung der Fläche für den Kita-Neubau ist.

Durch seine Fraktion wird der Bau der Kita auf dem Grundstück als nicht sinnvoll angesehen, da hier unterschiedliche Pausen- bzw. Ruhezeiten in Schule und Kita sind, was in dem Fall schwer umsetzbar wäre. In welcher Form kann sich der Stadtrat an dieser Planung beteiligen, da dies nicht Grundlage des Beschlusses ist, aber Folge. Kann die Verwaltung zusichern, dass die gepflasterte Fläche im Schulgelände zu einer mehrgestaltigen Fläche gestaltet werden könnte?

Frau Brederlow wies darauf hin, dass man fachlich völlig unterschiedlicher Auffassung sein kann. Sie hält es für sehr gut, wenn Kindertageseinrichtung und Schule so nah wie möglich vom Gelände her sind. Auf diesem Gelände waren früher zwei Schulen. Eine Beeinträchtigung der Bewegungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler wird es nicht geben. Sie erklärte, dass das Gelände so groß ist, dass es bisher schon eine Abgrenzung zum Schulhof gibt und auch die Möglichkeit bestand, das Gelände einer anderen Nutzung zuzuführen. Insofern stand auch die Option, dies zu verkaufen.

Die Verwaltung sah die unmittelbare Nähe einer Grundschule, in die die Kinder aus der Kita auch hingehen sollen, als positiv für die Errichtung einer Kita auf dem Grundstück an. In der Kita soll ggf. auch die Möglichkeit geschaffen werden, auch dort eine Hortnutzung mit vorzuhalten, was von der inhaltlichen Gestaltung des Betreibers abhängt.

Sie sprach an, dass auch vorgesehen ist, dass diese Kita, die zunächst als Ausweichobjekt für geplante Baumaßnahmen vorgesehen ist, dem Träger zu übergeben, der auch den Hort betreibt. In der Vergangenheit gab es schon Modelle, entsprechende Einrichtungen vorzuhalten, die von der Krippe bis zum Hort die Betreuung der Kinder mit sicherstellen kann.

Frau Brederlow betonte nochmals, dass es keine Einschränkung für die Kita und den Schulbetrieb geben wird

Herr Paulsen ging auf die erste Frage von Herrn Wolter ein. Er sprach an, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand und er am Montag in der Grundschule Hanoier Straße gewesen sind und sich mit der Schulleiterin über die wichtigsten Punkte ausgetauscht haben.

Bezüglich der Hofffläche von 12.000 qm, wovon 3.000 qm wegfallen sollen, wurde erörtert, dass die Mindestfläche pro Kind auf dem Schulhof dann immer noch deutlich übertroffen wird. In den Planungen wird noch einmal genau geprüft, wie eine praxisorientierte Bildungslandschaft vor Ort gestaltet werden kann.

In dem Gespräch erfolgte auch ein kurzer Austausch über die Schülerzahlen an dieser Schule. Die Zuzüge der vergangenen zwei Jahre in den Stadtteil führten auch in der Grundschule zu einem spürbaren Anstieg der Schülerzahlen. Für die Schulentwicklungsplanung wird ein Mittel der vergangenen Jahre zu Grunde gelegt, das

diesen Anstieg noch nicht 1:1 wiedergibt. Eine Berechnung auf Grundlage der aktuellen Zahlen führt bis zur Fertigstellung der Sanierung zu einem Plus von rund 100 Schülerinnen und Schülern. Diese Schülerzahl kann in den vorhandenen Räumen untergebracht werden. Nach der Sanierung stehen dann zusätzlich sechs Unterrichtsräume zur Verfügung. Auch bei einem gleichbleibend hohen Zugang von ca. 80 Kindern pro Schuljahr ist mittelfristig ausreichend Platz an der Grundschule vorhanden.

Herr Wolter dankte für die ausführliche Information und wandte sich dann an Frau Brederlow. Er sagte, dass deren Antwort eine fachliche Antwort war, über die man sich streiten kann. Seine Frage bezog sich darauf, wie der Stadtrat bei dieser Form beteiligt ist. Er fragte nach den erfolgreichen Modellen, die durch sie angeführt worden sind, da ihm keins bekannt ist. Er fragte nach diesen Modellen und wiederholte seine Frage zur Beteiligung des Stadtrats. Kann diese Entscheidung nochmal diskutiert werden? Außerdem wollte er zur Qualität der Schulhoffläche Auskunft haben, da hier auch eine Grünfläche enthalten sein sollte.

Frau Brederlow antwortete, dass in keiner Schule, in denen bisher betonerte Schulhöfe sind, dieser Beton erhalten wird. Diese sollen modern und nutzbar werden und das betrifft auch die Schule in der Hanoier Straße.

Sie wies auf bundesweite Modelle hin, wo Kitas und Grundschulen eng auf dem Gelände zusammen arbeiten, in der Stadt Halle (Saale) betrifft dies die Grundschule „Riesenklein“. Es gibt auch Planungen von Trägern, die Kita und Grundschule zukünftig an einen Ort bringen wollen, was eine bildungspolitische Entwicklung deutlich macht.

Sie wies auf den Entwurf des Koalitionsvertrages hin, in welchem einiges für die Ganztagschulen geplant ist, was auch die Kitas mit einbezieht. Hier ist also bundesweit etliches in der Entwicklung, was zukünftig wahrscheinlich solche Modelle zur Regel werden lassen.

Der Stadtrat wird zum einen natürlich im Rahmen des Bedarfs- und Entwicklungsplanes, wenn es auch um den Ausbau von Kitas auf der Silberhöhe geht, einbezogen. Zum anderen geht es um die Bebauung des Grundstücks, wozu es auch einen Beschluss geben soll und eine Beteiligung von Stadträten erfolgen wird. Hier gibt es noch interne Klärungen, ob dies über den Eigenbetrieb Kita laufen wird. Außerdem wird bei dem Erbbaurechtsvertrag an den freien Träger sowieso der Stadtrat einbezogen.

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Lange** zur Abstimmung auf und ließ zuerst den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 2	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlusstext wird um folgende Punkte 2. und 3. ergänzt:

2. Die Entwurfsplanung wird dahingehend überarbeitet, dass die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen zur Erzielung von Barrierefreiheit ergänzt werden, sodass eine Beschulung von Schüler*innen mit körperlichen Beeinträchtigungen (Blindheit,

Gehbehinderung, Gehörlosigkeit, Rollstuhlnutzung, Schwerhörigkeit, Sehbehinderung) ermöglicht wird.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Sanierung der Außenanlagen den zuständigen Stadtratsgremien eine mit den Schulgremien abgestimmte konkretisierende Maßnahmenplanung nebst zeichnerischer Darstellung als Baubeschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Lange bat um Abstimmung der geänderten Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE, die energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule Hanoier Straße am Standort Hanoier Straße 1, 06132 Halle (Saale).

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Sanierung der Außenanlagen den zuständigen Stadtratsgremien eine mit den Schulgremien abgestimmte konkretisierende Maßnahmenplanung nebst zeichnerischer Darstellung als Baubeschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 7.17 Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule "Hans Christian Andersen", Seebener Straße 79, 06118 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2017/03514**

**zu 7.17.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule "Hans Christian Andersen", Seebener Straße 79, 06118 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE", VI/2017/03514
Vorlage: VI/2018/03850**

Herr Lange sprach an, dass hier das gleiche Verfahren wie unter dem TOP 7.16 erfolgt. Da es keine Wortmeldungen gab, bat er zuerst darum, den Änderungsantrag abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **Einzelpunkt abstimmung**

Pkt. 2	mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlusstext wird um folgende Punkte 2. und 3. ergänzt:

2. Die Entwurfsplanung wird dahingehend überarbeitet, dass die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen zur Erzielung von Barrierefreiheit ergänzt werden, sodass eine Beschulung von Schüler*innen mit körperlichen Beeinträchtigungen (Blindheit, Gehbehinderung, Gehörlosigkeit, Rollstuhlnutzung, Schwerhörigkeit, Sehbehinderung) ermöglicht wird.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Sanierung der Außenanlagen den zuständigen Stadtratsgremien eine mit den Schulgremien abgestimmte konkretisierende Maßnahmenplanung nebst zeichnerischer Darstellung als Baubeschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im Anschluss rief **Herr Lange** die geänderte Beschlussvorlage auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule „Hans Christian Andersen“ am Standort Seebener Straße 79, 06118 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Sanierung der Außenanlagen den zuständigen Stadtratsgremien eine mit den Schulgremien abgestimmte konkretisierende Maßnahmenplanung nebst zeichnerischer Darstellung als Baubeschlussvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 7.18 Standortentscheidung für die Ehrung halescher Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum
Vorlage: VI/2017/03159**

Frau Dr. Marquardt ergänzte, dass zwischenzeitlich mit allen 15 Olympiasiegerinnen und Olympiasiegern gesprochen wurde und alle für diesen Vorschlag sind.

Herr Eigendorf sprach an, dass man sich die gesamte Beratung in dem Umfang hätte ersparen können. Der erste Vorschlag der Verwaltung war ungeeignet, da der Standort am Gesundbrunnen sehr versteckt gelegen hätte. In den Diskussionen wurde der Vorschlag Hansering öfters schon thematisiert. Seine Fraktion begrüßte ausdrücklich, dass die Verwaltung ihren Vorschlag nochmals überdacht hat.

Am Hansering werden die Olympiasiegerinnen und -sieger von Touristen und anderen besser wahrgenommen, da dies „im Herzen der Stadt“ liegt.

Es wurde verabredet, dass der Gestaltungsplan nochmals im Sportausschuss vorgestellt wird und von Mitgliedern des Kulturausschusses wurde auch geäußert, dass er auch dort ein Thema sein sollte.

Herrn Eigendorf sprach an, dass in der Stadt Halle (Saale) nicht nur Olympiasieger wohnen, sondern auch andere erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler. Eventuell wird noch eine weitere Möglichkeit gefunden, um auch deren Engagement sichtbarer zu würdigen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Lange** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt als Standort für die Ehrung der derzeit 15 halleschen Olympiasiegerinnen und Olympiasieger im öffentlichen Raum den Hansering.
2. Maßnahmebeginn (d. h. Planung, Erwerb und Installation) kann frühestens der Tag sein, an dem der Stadtrat der Annahme der benötigten Spendenmittel zustimmt.
3. Die Gestaltungsplanung wird dem Sportausschuss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zur abschließenden Empfehlung vorgelegt.

**zu 7.20 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit - Förderrichtlinie Soziales und Gesundheit
Vorlage: VI/2017/02985**

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Lange** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage vorgelegte Neufassung der „Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit - Förderrichtlinie Soziales und Gesundheit“.

**zu 7.21 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) Beitritt zur kommunalaufsichtlichen Genehmigung vom 26. Februar 2018
Vorlage: VI/2018/03861**

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Lange** zur Abstimmung auf und wies darauf hin, dass eine Stimmenauszählung wegen der gesetzlichen Mehrheit erfolgen muss.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

49 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Beitritt zur kommunalaufsichtlichen Genehmigung des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom 26. Februar 2018 und verzichtet damit auf die in § 6 Abs. 7 S. 3 der Hauptsatzung vorgesehene 2/3-Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Stadtrates für die Entscheidung über den Entfall des Variantenbeschlusses.

zu 7.22 Beschluss zur abweichenden Beschlussfolge bei der Realisierung und Planung von Bauprojekten für den Neubau eines zentralen Schul-Ausweichquartiers samt Turnhalle auf dem Holzplatz in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03819

zu 7.22.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur BV Beschluss zur abweichenden Beschlussfolge bei der Realisierung und Planung von Bauprojekten für den Neubau eines zentralen Schul-Ausweichquartiers samt Turnhalle auf dem Holzplatz
Vorlage: VI/2018/03865

Herr Wolter brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und bat um Zustimmung.

Frau Dr. Brock sagte, dass es sich um den Verzicht auf einen Variantenbeschluss handelt. Ihre Fraktion wird der Beschlussvorlage zwar zustimmen, jedoch handelt es sich um eine Entmachtung des Stadtrats, welche auf Dauer nicht hinnehmbar ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand äußerte, dass der Änderungsantrag umsetzbar ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Lange** ließ zunächst den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

„Die Stadtverwaltung veranstaltet mit Vertretern der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) schnellstmöglich einen Gestaltungsworkshop, in dem konkrete Varianten vorgestellt und diskutiert werden. Die Verwaltung setzt die im Gestaltungsworkshop geäußerten Wünsche nach Möglichkeit um.“

Im Anschluss bat **Herr Lange** die geänderte Beschlussvorlage abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Verzicht auf den Variantenbeschluss für das Vorhaben Neubau eines zentralen Schul-Ausweichquartiers samt Turnhalle auf dem Holzplatz in Halle (Saale).

Die Stadtverwaltung veranstaltet mit Vertretern der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) schnellstmöglich einen Gestaltungsworkshop, in dem konkrete Varianten vorgestellt und diskutiert werden. Die Verwaltung setzt die im Gestaltungsworkshop geäußerten Wünsche nach Möglichkeit um.

zu 7.23 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2018/03856

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Lange** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

1. Geldspende von der Apothekervereinigung Curadies GmbH & Co KG, Gottschedstraße 4, 04109 Leipzig in Höhe von 2.000 Euro als Unterstützung für die Anschaffung von Musikinstrumenten im Konservatorium „Georg Friedrich Händel“, Halle (PSP-Element 8.26301001.705 - Konservatorium)
2. Sachspende von dem Förderverein des Georg-Cantor-Gymnasiums e.V., c/o Georg-Cantor-Gymnasium, Torstraße 13, 06110 Halle (Saale), von 3.000 Euro in Form eines mobilen ELA-Audiosystems (Elektroakustische Anlage) für das Georg-Cantor-Gymnasium (PSP-Element 1.21701.04 – Georg-Cantor-Gymnasium)

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erweiterung der Anspruchsberechtigten für die Nutzung des Halle-Passes A
Vorlage: VI/2017/03636

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung des Antrags bat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Anspruchsberechtigten der Sozialleistungen Wohngeld und Kinderzuschlag sind ab 01.03.2018 berechtigt, den Antrag auf Ausstellung eines Halle-Passes (A) zu stellen.

**zu 8.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Präsentation der Moderne
im Jahr 2019
Vorlage: VI/2017/03109**

Frau Dr. Marquardt wies darauf hin, dass das Konzept zur Moderne im Kulturausschuss vorgestellt wird.

Herr Feigl bedankte sich für die Erstellung des Konzeptes. Er merkte an, dass der Schwerpunkt Koordinierung im Konzept noch nicht abgebildet ist und bat um Überarbeitung bis zum Kulturausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung des Antrages bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Konzeption zur Würdigung der Moderne in Halle im Jahr 2019 anlässlich des Bauhausjubiläums zu erarbeiten.
2. Der Stadtverwaltung wird beauftragt, in den Haushaltsjahren 2018 (Vorbereitung) und 2019 (Durchführung) Mittel in angemessener Höhe in die Haushalte einzustellen.

**zu 8.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der
Elektromobilität
Vorlage: VI/2017/03465**

Herr Aldag brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Stäglin merkte an, dass in der Präsentation auch berichtet wurde, dass es zukünftige Projekte geben und somit die Thematik weiter fortgeführt wird. Er betonte, dass die Verwaltung die Elektromobilität in den verkehrspolitischen Leitlinien unterstützen will. Auch die Rückkopplung mit den Fördermittelgebern für Elektromobilität macht deutlich, dass der Bezug auf die verkehrspolitischen Leitlinien für Fördermittelgeber für konkrete Projekte die richtige Basis ist. Daher bedarf es keines weiteren Konzeptes.

Herr Dr. Fikentscher sagte, dass die Notwendigkeit zur Erstellung eines Konzeptes nicht besteht.

Frau Dr. Brock sagte, dass nach den Beratungen in den Ausschüssen deutlich geworden ist, dass es wichtig ist konkrete Maßnahmen mit einem konkreten Zeitplan zusammenzuführen, um eine gemeinsame Strategie zu erhalten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Lange** um Abstimmung des Antrages bat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des ~~II.~~ **IV.** Quartals 2018 in Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Halle GmbH **und den städtischen Wohnungsgesellschaften dem Netzwerk Stadtentwicklung** einen zeitlich untersetzten Maßnahmenkonzept**plan** zur Förderung der Elektromobilität in der Stadt Halle zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

- zu 8.9 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung**
Vorlage: VI/2017/03646
-

Frau Dr. Brock erklärte den Antrag als zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Beratungsangebotes für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung durch die Stadt Halle selbst oder durch freie Träger zu prüfen.

Dabei soll geprüft werden, in wie weit sich ein neues Beratungsangebot von den bestehenden abgrenzen kann, diese sinnvoll ergänzen kann oder die bestehenden Angebote effektiver ausgestaltet werden sollten. Die Kosten und Zuständigkeiten sind ebenfalls zu prüfen.

- zu 8.11 **Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD zur Einführung eines Jugendparlaments**
Vorlage: VI/2017/03547
-

- zu 8.11.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments, Vorlage: VI/2017/03547**
Vorlage: VI/2018/03777
-

- zu
8.11.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlamentes, Vorlage: VI/2018/03777**
Vorlage: VI/2018/03817
-

- zu 8.11.2 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und SPD zur Einführung eines Jugendparlamentes, Vorlage: VI/2017/03547**
Vorlage: VI/2018/03866

Herr Lange wies darauf hin, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) in den Antrag der MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM übernommen wurde. Somit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) hinfällig.

Er merkte an, dass wenn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Änderungsantrag aufrechterhalten wollen, dieser neu zum geänderten Antrag gestellt werden muss.

**zu 8.11.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments, Vorlage: VI/2017/03547
Vorlage: VI/2018/03777**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2018 **unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale), des Stadtschülerrates der Stadt Halle (Saale) sowie des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale)** ein Konzept zur Einführung eines Jugendparlaments **oder eines Jugendbeirates** für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen und dem Stadtrat zur **Beschlussfassung** ~~Beratung~~ vorzulegen. **Doppelstrukturen zu den bestehenden jugendpolitischen Gremien sollen dabei vermieden werden.**
2. Das Jugendparlament soll perspektivisch im II. Quartal 2019 in einer konstituierenden Sitzung ~~die Arbeit aufnehmen.~~ **Es soll eine Zeitschiene für die mögliche Einrichtung eines Jugendparlamentes oder eines Jugendbeirates erstellt werden. Angestrebt wird eine konstituierende Sitzung im Jahr 2019.**

**zu 8.11.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlamentes, Vorlage: VI/2018/03777
Vorlage: VI/2018/03817**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 1 der Vorlage wird wie folgt geändert:

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2018 unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale), des Stadtschülerrates der Stadt Halle (Saale) sowie des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale) **die Einführung eines Jugendparlaments zu prüfen und dem Stadtrat ggf. einen Beschluss** ~~ein Konzept zur Einführung eines Jugendparlamentes oder eines~~

~~Jugendbeirates für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Doppelstrukturen zu den bestehenden jugendpolitischen Gremien sollen dabei vermieden werden.~~

Herr Wolter erklärte, dass die MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) gemeinsame Antragsteller sind und brachte den geänderten Antrag der beiden Fraktionen ein und begründete diesen.

Er verlas einen Brief vom Jugendparlament Leipzig, das seine Unterstützung für ein Jugendparlament in der Stadt Halle (Saale) bekundete und bat um Zustimmung für den Antrag.

Herr Schachtschneider sprach sich für mehr Jugendbeteiligung aus. Er bat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stellung des Änderungsantrages nach „...die Einführung eines Jugendparlaments...“ um den Passus „oder Jugendbeirates...“ zu ergänzen, um das Ergebnis offen zu halten.

Herr Schiedung sagte, dass der Vertreter vom Stadtschülerrat sagte, dass der Jugendberat mit zu integrieren ist und man daher diese Anregung mit aufnehmen sollte. Zudem sei die Erstellung eines Konzeptes umfangreicher.

Frau Dr. Brock brachte den Änderungsantrag ihre Fraktion ein, mit den Ergänzungen von Herrn Schachtschneider.

Herr Schiedung teilte mit, dass es in Leipzig einen Jugendbeirat gibt, welcher zwischen Stadtrat und Jugendparlament geschaltet ist.

Herr Schachtschneider sagte, dass man sich zwischen einem Jugendparlament und einem Jugendbeirat entscheiden sollte.

Herr Wolter sagte, dass eine Vorlegung eines Konzeptes zur Umsetzung bedeutet, dass vorab geprüft wurde. Alle anderen Argumente wurden bereits in den Ausschüssen diskutiert. Er warb erneut um Zustimmung des Antrages.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Lange** um Abstimmung des geänderten Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 1 der Vorlage wird wie folgt geändert:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2018 unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale), des Stadtschülerrates der Stadt Halle (Saale) sowie des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale) **die Einführung eines Jugendparlaments oder Jugendbeirates zu prüfen und dem Stadtrat ggf. einen Beschluss** ~~ein Konzept zur Einführung eines Jugendparlaments oder eines Jugendbeirates für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Doppelstrukturen zu den bestehenden jugendpolitischen Gremien sollen dabei vermieden werden.~~

Herr Lange bat um Abstimmung des geänderten Antrags der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2018 unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale), des Stadtschülerrates der Stadt Halle (Saale) sowie des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale) ein Konzept zur Einführung eines Jugendparlaments oder eines Jugendbeirates für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Doppelstrukturen zu den bestehenden jugendpolitischen Gremien sollen dabei vermieden werden.
3. Es soll eine Zeitschiene für die mögliche Einrichtung eines Jugendparlamentes oder eines Jugendbeirates erstellt werden. Angestrebt wird eine konstituierende Sitzung im Jahr 2019.

zu 8.12 Antrag der Stadträte Markus Klätte und Helmut-Ernst Kaßner zur Erhöhung des Anteils junger Besucher bei Veranstaltungen der TOOH
Vorlage: VI/2017/03549

Herr Klätte brachte den von Herrn Kaßner und ihm gestellten Antrag ein und begründete diesen.

Herr Dr. Wend sagte, dass es bereits Ermäßigungen für Schüler, Studenten, Azubis, Halle-Pass-Besitzer, Hartz-IV-Empfänger und rabattierte Restkarten gibt. Um junge Besucher zu animieren sollte es Alternativen geben, als Restkarten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Es gab weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung des geänderten Antrages bat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister als Vorsitzender des Verwaltungsrates der TOOH wird beauftragt, auf die Erhöhung des Anteils an jungen Besuchern ~~wie folgt hinzuwirken~~ **zu ermutigen**: Bürgerinnen/Bürger der Stadt Halle bis zur Vollendung des 25sten Lebensjahres in Spielstätten der TOOH freien Eintritt erhalten. Dies gilt für Eintrittskarten die bis 30 Minuten vor Spielbeginn nicht in Anspruch genommen wurden. Die Regel soll zum 01.01.2018 in Kraft treten. Sie soll von entsprechenden Werbemaßnahmen begleitet werden.
2. Die erforderlichen finanziellen Mittel werden geschätzt ~~und in den Haushalt für 2018 eingestellt.~~ **und von der Stadt zur Verfügung eingestellt.**
3. Der Oberbürgermeister berichtet zum Ende der Spielzeit über den Erfolg der Maßnahme.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu - Zehn Jahre „Nationale Akademie der Wissenschaft“ in Halle - Würdigung durch die Stadt - Vorlage: VI/2018/03792

Frau Dr. Bergner führte in den Antrag der CDU/FDP-Fraktion ein und verwies diesen in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag der
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und
Hauptausschuss*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat erachtet es als außerordentliche Ehre für die Stadt Halle und sieht es als beträchtlichen Vorzug für den hiesigen Wissenschaftsstandort an, dass die Leopoldina als älteste ununterbrochen existierende naturwissenschaftliche Akademie der Welt seit 1878 in unserer Stadt ihren Sitz hat und seit Februar 2008 als „Nationale Akademie der Wissenschaften“ von hier aus ihre Aufgaben wahrnimmt.

Die Anwesenheit dieser renommierten Wissenschaftseinrichtung bedeutet für die gastgebende Stadt auch eine besondere Verpflichtung zu deren Unterstützung und Förderung beizutragen.

Anlässlich des zehnten Jahrestages der Gründung der Leopoldina als „Nationale Akademie der Wissenschaften“ (18. Februar 2018) fordert der Stadtrat die Stadtverwaltung auf, Initiativen im Sinne dieser Verpflichtung zu ergreifen und setzt sich für folgende Maßnahmen ein:

- ➔ Der Stadtrat begrüßt, dass die Stadtverwaltung nach eigenen Aussagen (Anfrage Hauptausschuss 18.10.2017, schriftliche Antwort der Verwaltung vom 19.01.2018) eine „vitale Zusammenarbeit“ und einen „regelmäßigen Austausch auf Führungs- und Arbeitsebene“ praktiziert. Er fordert die Verwaltung auf, über Inhalt und Ergebnisse dieser Kooperation dem Stadtrat jährlich zu berichten.
- ➔ Der Stadtrat beschließt, dass Halle unverzüglich mäzenatisches Mitglied des Leopoldina Akademie Freundeskreises e.V. wird.
- ➔ Dem Beispiel der Stadt Schweinfurt folgend soll die Stadt durch Dotieren eines Preises, mit dem die Leopoldina anlässlich ihrer Jahresversammlungen besondere wissenschaftliche Leistungen würdigt, die Förderung der Wissenschaft durch die Akademie unterstützen.

**zu 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung von Stadtteilräten
Vorlage: VI/2018/03794**

Herr Dr. Meerheim führte in den Antrag der Fraktion DIE LINKE ein.

Frau Dr. Brock verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Hauptausschuss*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt hat einen Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften vorgelegt. Ziel des Gesetzentwurfes ist es, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kommunen und die ehrenamtlichen Mandatsträger aufgrund von Erfahrungen und Problemen aus der kommunalen Praxis fortzuentwickeln und zu optimieren. Dabei sollen vor allem Vorgaben aus dem aktuellen Koalitionsvertrag sowie die gemeinsamen Empfehlungen der Enquetekommission „Stärkung der Demokratie“ aufgegriffen werden.

Dies zum Anlass nehmend und mit dem Ziel einer Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene, fordert der Stadtrat von Halle (Saale) die Landesregierung und den Landtag auf, im anstehenden Gesetzgebungsverfahren die gesetzlichen Voraussetzungen im KVG LSA für die Bildung von Stadtteilräten in mittelgroßen Städten und den 3 Großstädten des Landes zu schaffen. Wahl, Rechte und Pflichten sowie Aufgaben der Stadtteilräte sollten sich mindestens an denen der Ortschaftsräte nach §§ 82, 83 und 84 KVG LSA orientieren. Dabei sollte das Recht des Stadtrates berücksichtigt werden, Angelegenheiten und Aufgaben auf die Stadtteilräte übertragen zu dürfen, die nicht Kraft Gesetzes ausschließlich dem Stadtrat oder dem Oberbürgermeister obliegen.

**zu 9.3 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle zu einer Erklärung - Keinen Platz der "Identitären Bewegung" und ihrer menschenverachtenden Ideologie
Vorlage: VI/2018/03812**

**zu 9.3.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle zu einer Erklärung - Keinen Platz der "Identitären Bewegung" und ihrer menschenverachtenden Ideologie
Vorlage: VI/2018/03860**

Frau Müller bedankte sich bei allen Antragstellern des Antrags und brachte diesen ein.

Herr Helmich stimmte den Aussagen von Frau Müller zu und erläuterte die stadtpolitische Lage, die sich aus der Identitären Bewegung ergibt. Er teilte seine Ablehnung zum Änderungsantrag mit.

Herr Scholtyssek brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein, begründete diesen und bat um Zustimmung.

Herr Krause bedauerte, dass die CDU/FDP-Fraktion nicht vorab auf die gemeinsamen Antragsteller zugegangen ist, um über Alternativen bestimmter Inhalte des Antrages zu reden. Er kann dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Weiterhin fragte er, ob es eine Stellungnahme zum Datenschutz gegeben hat.

Herr Paulsen sagte, dass es Anordnungen gab, die Kameras so anzuordnen, dass diese nicht in andere Wohnungen filmen.

Herr Raue sagte, dass der Antrag keine Toleranz gegenüber anderen Meinungsäußerungen zeigt und teilte seine Ablehnung mit.

Herr Schramm fragte Herrn Raue, ob er den offenen Brief vom Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gelesen hat. Wenn er dies getan hat, könnte er den Hintergrund des Antrags verstehen.

Herr Raue sagte, dass das „Bündnis gegen Rechts“ anderen ihre Meinungsfreiheit und ihr Demonstrationsrecht verwehrt. Das ist unzumutbar.

Herr Wolter stimmte den Aussagen von Herrn Krause zu, bedankte sich bei Herrn Helmich für die klaren Aussagen und teilte die Ablehnung zum Änderungsantrag mit.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Lange** um Abstimmung des Änderungsantrages bat.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Vorlage erhält folgende Fassung

Betreff: ~~Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle zu einer Erklärung – Keinen Platz der "Identitären Bewegung" und ihrer menschenverachtenden Ideologie~~

Betreff: **Antrag aller Fraktionen im Stadtrat Halle (Saale) und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle zu einer Erklärung - Halle für Demokratie und Toleranz**

~~Gemeinsame Erklärung der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle (Saale)~~

~~Der Stadtrat beschließt folgende Erklärung:~~

~~Wir stehen für eine tolerante und weltoffene Stadt, die sich gegen jegliche Form von Rassismus und Menschenfeindlichkeit zur Wehr setzt. Für eine Stadt der Begegnung und des friedlichen Miteinanders, für ein Halle ohne Gewalt, Hass und Hetze.~~

~~Mit Sorge betrachten wir daher die Entwicklungen um das Haus der neurechten „Identitären Bewegung“ in der Adam-Kuckhoff-Straße. Mit dem Aufbau und Betrieb des Hauses will sich die Gruppe „Kontrakultur“ als wichtigster Ableger der „Identitären Bewegung“ in Deutschland etablieren. Zentrales Thema der politischen Agitation der „Identitären Bewegung“ ist die Ansicht, Europa stünde vor einem Austausch seiner Bevölkerung durch Zuwanderung aus islamischen Ländern. Sie vertritt ein kulturrassistisches Weltbild, das von der Überlegenheit der europäischen Kultur gegenüber anderen ausgeht. Ihre Aktivisten kommen unter anderem aus rechten Burschenschaften und militanten Neonazigruppen.~~

~~Das Haus in der Adam-Kuckhoff-Straße hat szenischen Vorbildcharakter und ist für die extreme Rechte in Deutschland ein zentrales Versuchsfeld. Nicht zufällig in direkter Nähe zum neuen Steintor-Campus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist es der Versuch, das Viertel zu prägen und zu unterwandern. Mit den vom Haus ausgehenden Aktionen und Veranstaltungen versucht die „Identitäre Bewegung“ ein positives Bild von sich zu erzeugen. Realität ist jedoch, dass sie die Stadtgesellschaft tiefgreifend nach ihren menschenverachtenden Vorstellungen umgestalten will. Dazu werden auch Andersdenkende eingeschüchert – mit Videoüberwachung, verbalen und auch körperlichen Übergriffen.~~

~~Wir sagen klar und deutlich: Das Gedankengut, das Haus und die perfide Strategie der „Identitären Bewegung“, Werte wie Vielfalt, Weltoffenheit und Solidarität zu zerstören, dürfen in Halle keinen Platz haben. Wir sind dankbar für den friedlichen Protest gegen das Projekt und solidarisieren uns mit den vielen Menschen, die den Aktivitäten der „Identitären Bewegung“ in den vergangenen Wochen und Monaten deutliche Zeichen der Zivilcourage entgegengesetzt. Unsere Unterstützung gilt der Einwohnerinitiative im Bebelviertel, die es nicht zulässt, dass die Nachbarschaft durch das Haus, deren Akteure und Aktivitäten gespalten wird. Sie gilt Privatmenschen, Unternehmern und Institutionen, die deutlich machen, dass die „Identitäre Bewegung“ und ihre Ansichten unerwünscht sind. Sie gilt einer weltoffenen Martin-Luther-Universität. Sie gilt Initiativen wie dem Bündnis gegen Rechts und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die friedliche Proteste organisieren und wichtige Recherche und Informationsarbeit leisten.~~

~~Wir lassen es nicht zu, dass die Stadt Halle durch die „Identitäre Bewegung“ und ihre menschenverachtende Ideologie vereinnahmt wird. An der Seite all jener, die sich dem ebenfalls gewaltfrei widersetzen, rufen wir dazu auf, Toleranz, Weltoffenheit und Humanismus als Werte hochzuhalten und sich im friedlichen Protest gegen das Haus zu vernetzen, zu unterstützen und miteinander zu solidarisieren.~~

Halle für Demokratie und Toleranz

Gemeinsame Erklärung des Oberbürgermeisters und der Fraktionen im Stadtrat Halle (Saale)

Die Stadt Halle (Saale) steht für das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen, fremdenfeindlichen und extremistischen Gedankenguts entgegen. Wir treten ein für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Mit Sorge erfüllt uns die wachsende Polarisierung in der Gesellschaft. Zunehmend werden immer radikalere Positionen kompromisslos vertreten. Eine Verrohung der politischen Auseinandersetzung durch Hasspropaganda, bis hin zur Gewaltbereitschaft, vergiftet das Klima. Eine aufgeklärte, pluralistische Gesellschaft zeichnet sich durch Meinungsvielfalt aus. Nur durch die Bereitschaft, anderen zuzuhören und Standpunkte auszutauschen, können tragfähige Kompromisse gefunden werden.

Notwendige Voraussetzung ist allerdings die Toleranz gegenüber der Meinung des Anderen. So haben die Mitgliedsstaaten der UNESCO 1995 in Paris die Erklärung von Prinzipien der Toleranz beschlossen. Darin heißt es: Toleranz ist nicht nur ein hochgeschätztes Prinzip, sondern eine notwendige Voraussetzung für den Frieden und für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aller Völker.

In diesem Sinne steht die Stadt Halle (Saale) für eine lebendige Diskussionskultur auf der Basis von Demokratie und Toleranz.

Wir erheben unsere Stimme gegen Rassismus, Antisemitismus sowie politischen und religiösen Extremismus. Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Absage an jede Form von Extremismus gehören zu den fundamentalen Prinzipien unserer Gesellschaft. Als Teil dieser demokratischen Gesellschaft fühlen wir uns diesen Werten verpflichtet. Leider werden aber zunehmend Tendenzen erkennbar, die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes in Frage zu stellen oder gar abzuschaffen.

„Wehret den Anfängen!“

Dieser Satz hat vor allem in Deutschland eine bleibende Bedeutung. Die Errungenschaften der demokratischen, offenen Gesellschaft gilt es täglich neu zu leben und zu verteidigen.

Die Stadt Halle (Saale) unterstützt nur Initiativen, Vereine und sonstige Akteure, die sich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir die Entwicklung in unserer Stadt mit Sorge.

Mit dem Haus der „Identitären Bewegung“ in der Adam-Kuckhoff-Straße versucht sich die Gruppe „Kontrakultur“ als wichtigster Ableger der „Identitären Bewegung“ in Halle zu etablieren. Dieses Haus hat szenekulturellen Vorbildcharakter und ist für die extreme Rechte in Deutschland ein zentrales Versuchsfeld. Nicht zufällig in direkter Nähe zum neuen Steintor-Campus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, ist es der Versuch, das Viertel und das akademische Leben zu prägen. Mit den von diesem Haus ausgehenden Aktionen und Veranstaltungen versucht die „Identitäre Bewegung“, ein positives Image aufzubauen und an Einfluss zu gewinnen. Wir sagen klar und deutlich: Das dort verbreitete intolerante Gedankengut und die perfide Strategie der „Identitären Bewegung“, Werte wie Vielfalt, Weltoffenheit und Solidarität zu zerstören, dürfen in Halle keinen Platz haben. Wir solidarisieren uns mit dem friedlichen Protest gegen das Projekt und mit den vielen Menschen, die den Aktivitäten der „Identitären Bewegung“ in den vergangenen Wochen und Monaten deutliche Zeichen der Zivilcourage entgegengesetzten.

Gleichzeitig versucht die linke Szene, ihre Präsenz in der Stadt auszubauen.

Hausbesetzungen sind für uns jedoch kein legitimes Mittel politischen bzw. gesellschaftlichen Handelns. Naturgemäß fällt die politische Beurteilung derartiger Aktionen unterschiedlich aus. Ausdruck der Toleranz ist es aber auch, diese nicht immer nur von Anderen einzufordern, sondern auch selbst andere Standpunkte zu tolerieren.

Wer Büros von Parteien beschmiert, stadtweit Häuserwände mit Sprüchen verunstaltet und mutwillig Eigentum anderer Leute zerstört oder beschädigt, kann nicht mit unserer Solidarität rechnen. Solidarisch erklären wir uns mit den Anwohnern in der Hafestraße, die seit mehr als zwei Jahren diesen Zustand ertragen müssen.

Die Stadt Halle (Saale) wendet sich klar gegen jegliche Formen von Hass, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Extremismus und bietet diesen Erscheinungen keinen Raum. Intoleranz hat in unserer Stadt keinen Platz!

Herr Lange ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:**mehrheitlich zugestimmt****Gemeinsame Erklärung der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und des Oberbürgermeisters der Stadt Halle (Saale)**

Der Stadtrat beschließt folgende Erklärung:

Wir stehen für eine tolerante und weltoffene Stadt, die sich gegen jegliche Form von Rassismus und Menschenfeindlichkeit zur Wehr setzt. Halle ist eine Stadt der Begegnung und des friedlichen Miteinanders, in der Gewalt, Hass und Hetze keinen Platz haben.

Mit Sorge betrachten wir daher die Entwicklungen um das Haus der neurechten Identitären Bewegung in der Adam-Kuckhoff-Straße. Mit dem Aufbau und Betrieb des Hauses will sich die Gruppe „Kontrakultur“ als wichtigster Ableger der Identitären Bewegung in Deutschland etablieren. Zentrales Thema der politischen Agitation der Identitären Bewegung ist die Ansicht, Europa stünde vor einem Austausch seiner Bevölkerung durch Zuwanderung aus islamischen Ländern. Sie vertritt ein kulturell-rassistisches Weltbild, das von der Überlegenheit der europäischen Kultur gegenüber anderen ausgeht. Ihre Aktivisten kommen unter anderem aus rechten Burschenschaften und militanten Neonazigruppen.

Das Haus in der Adam-Kuckhoff-Straße hat szeneartern Vorbildcharakter und ist für die extreme Rechte in Deutschland ein zentrales Versuchsfeld. Nicht zufällig in direkter Nähe zum neuen Steintor-Campus der Martin-Luther-Universität ist es der Versuch, das Viertel zu prägen und zu unterwandern. Mit den vom Haus ausgehenden Aktionen und Veranstaltungen versucht die Identitäre Bewegung ein positives Bild von sich zu erzeugen. Realität ist jedoch, dass sie die Stadtgesellschaft tiefgreifend nach ihren menschenverachtenden Vorstellungen umgestalten will. Und dass Andersdenkende eingeschüchtert werden sollen – mit Videoüberwachung, verbalen und auch körperlichen Übergriffen.

Wir sagen klar und deutlich: Das Gedankengut, das Haus und die perfide Strategie der Identitären Bewegung, Werte wie Vielfalt, Weltoffenheit und Solidarität zu zerstören, dürfen in Halle keinen Platz haben. Wir sind dankbar für den friedlichen Protest gegen das Projekt und solidarisieren uns mit den vielen Menschen, die den Aktivitäten der Identitären Bewegung in den vergangenen Wochen und Monaten deutliche Zeichen der Zivilcourage entgegengesetzt. Unsere Unterstützung gilt der Einwohnerinitiative im August-Bebel-Viertel, die es nicht zulässt, dass die Nachbarschaft durch das Haus, deren Akteure und Aktivitäten gespalten wird. Sie gilt Privatmenschen, Unternehmern und Institutionen, die deutlich machen, dass die Identitäre Bewegung und ihre Ansichten unerwünscht sind. Sie gilt einer weltoffenen Martin-Luther-Universität. Sie gilt Organisationen wie dem Bündnis gegen Rechts und dem Verein „Miteinander“, die friedliche Proteste organisieren und wichtige Recherche- und Informationsarbeit leisten.

Wir lassen es nicht zu, dass die Stadt Halle durch die Identitäre Bewegung und ihre menschenverachtende Ideologie vereinnahmt wird. An der Seite all jener, die sich dem ebenfalls gewaltfrei widersetzen, rufen wir dazu auf, Toleranz, Weltoffenheit und Humanismus als Werte hochzuhalten und sich im friedlichen Protest gegen das Haus zu vernetzen, zu unterstützen und miteinander zu solidarisieren.

**zu 9.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Schulgartenarbeit
Vorlage: VI/2018/03809**

Herr Aldag führte in den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies diesen Antrag in den Bildungsausschuss und in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag des
Oberbürgermeisters
in den
Bildungsausschuss
und
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten*

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat und die Stadtverwaltung bekennen sich zu derzeit bestehenden Kooperationen mit Verbänden und Vereinen für die Schulgartenarbeit von Schulen (u. a. Kleingartenvereine, Umweltvereine oder Gartenkooperativen) und stellen, über Projektförderung, Mittel aus dem Haushalt der Stadt Halle bereit.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister mit der Erarbeitung ~~einer Konzeption~~ **eines Maßnahmenplanes** zur Stärkung der Angebote von Schulgärten, sowie Gemeinschaftsgärten in der Stadt Halle. Dieser ~~Konzeption~~ **Maßnahmenplan** wird in Zusammenarbeit mit Akteursvertreter*innen (Gartennetzwerk) bis Ende 2018 erstellt. Grundlage ~~der Konzeption~~ **des Maßnahmenplanes** soll eine Bestandsaufnahme sein, in der dargestellt wird, wie viele und welche Schulen Schulgärten besitzen und welche Schulen externe Angebote nutzen. Weiter soll dargestellt werden, wie viele und welche Garteninitiativen es gibt, wo sich diese befinden und welche davon potentiell in der Lage sind, Angebote zur Natur- und Umweltbildung zu unterbreiten.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung einer praxisintegrierten Ausbildung (PiA)
Vorlage: VI/2018/03800**

Herr Wolter führte in den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM ein.

Herr Senius verwies den Antrag in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung. Er empfahl die Übertragbarkeit dieser Ansätze auf andere Bedarfs- und Mangelberufe, insbesondere die im gesellschaftlichen Fokus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies diesen Antrag in den Bildungsausschuss, Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag des
Oberbürgermeisters*

2. Bei aufwachsenden neuen Kitas sind in Absprache mit den jeweiligen Trägern Prognosen für das stufenweise Aufwachsen zu erstellen und die entsprechend nur anteilig verfügbare Platzanzahl in der Planung zu berücksichtigen.

**zu 9.8 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Besetzung von beratenden Ausschüssen durch sachkundige Einwohner
Vorlage: VI/2018/03844**

Es gab keine Wortmeldung, sodass **Herr Lange** um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Kulturausschuss

- 1.1 Herr Dirk Radde scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Kulturausschuss aus.
- 1.2 Der Stadtrat beruft Herrn Christian Kenkel als sachkundigen Einwohner in den Kulturausschuss.

2. Ausschuss für Planungsangelegenheiten

- 2.1 Frau Anja Waas scheidet als sachkundige Einwohnerin aus dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten aus.
- 2.2 Der Stadtrat beruft Herrn Dirk Radde als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

**zu 9.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Modellprojektes zum fahrscheinlosen ÖPNV
Vorlage: VI/2018/03839**

Herr Wolter führte in den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM ein.

Herr Stäglin schlug vor, den Punkt eins zur Beschlussfassung zu bringen und durch die Willensbekundung eine interne Prüfung vorzunehmen und die Ergebnisse vorzustellen.

Herr Wolter stimmte der Streichung des Punktes zwei zu.

Herr Scholtyssek fragte, auf welches Modellprojekt sich der Antragsteller bezieht.

Herr Aldag teilte seine Zustimmung mit.

Herr Dr. Wend sagte, dass der ÖPNV unterstützt werden soll.

Herr Wolter antwortete, dass dies der Auftrag an die Verwaltung ist ein Modell zu

konkretisieren.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass darüber nachgedacht werden muss, welche gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dass solche MDV-Projekte umgesetzt werden können.

Herr Raue sagte, dass dieser Antrag zu einer größeren Belastung der Bürger führen wird, welche auf ihre eigene Mobilität mit dem Auto wertlegen und dieses Projekt mit kofinanzieren müssten.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Lange** um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) begrüßt die öffentliche Diskussion im Land Sachsen-Anhalt, die Stadt Halle (Saale) als Modellkommune bzw. die Region Halle-Leipzig als Modellregion zur Erprobung eines fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehrs vorzuschlagen. Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG), den Leipziger Verkehrsbetrieben (LVB), dem Mitteldeutschen Verkehrsbund (MDV), der Stadt Leipzig sowie den Verkehrsministerien der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen in Kontakt zu treten und ein grundsätzliches Interesse an einer Beteiligung als Modellprojekt zu bekunden.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Städtebaufördermitteln
Vorlage: VI/2018/03785**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Akzeptanz der Parkraumbewirtschaftung
Vorlage: VI/2018/03786**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Wohnungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03791**

Herr Scholtyssek fragte, ob es sinnvoll ist, dass die Stadt selbst noch als Wohnungsvermieter aktiv wird.

Frau Dr. Marquardt sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 10.4 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Feuerwehr in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03796**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.5 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum WLAN-Ausbau im Stadtgebiet und im Nahverkehr - aktueller Sachstand
Vorlage: VI/2018/03810**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Umsetzung eines Beschlusses, hier VI/2017/02847 - Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses
Vorlage: VI/2018/03811**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.7 Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zu Vergaben von Leistungen
Vorlage: VI/2017/03368**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.8 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (Fraktion DIE LINKE) zu Einnahmen aus der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale) - (Sondernutzungssatzung)
Vorlage: VI/2018/03818**

Die Beantwortung erfolgt in der Stadtratssitzung März 2018.

**zu 10.9 Anfrage des Stadtrates Dirk Gernhardt (Fraktion DIE LINKE) zur partizipativen Lokalpolitik
Vorlage: VI/2018/03798**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.10 Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zu Sportstätten
Vorlage: VI/2018/03795**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.11 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Entwicklungen im Bereich SGB II
Vorlage: VI/2018/03813

Die Beantwortung erfolgt in der Stadtratssitzung März 2018.

zu 10.12 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur IT an halleschen Schulen
Vorlage: VI/2018/03814

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.13 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Zivil- und Katastrophenschutz
Vorlage: VI/2018/03815

Herr Krause sagte, dass die Antwort der Verwaltung unzureichend ist und weitere schriftliche Fragen eingereicht werden.

zu 10.14 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Schulsportanlagen
Vorlage: VI/2018/03816

Herr Schiedung bat um Prüfung und Ergänzung des Punktes 2.

Frau Dr. Marquardt sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 10.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN zum Einsatz von Recyclingpapier
Vorlage: VI/2018/03725

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen im Jahr 2018
Vorlage: VI/2018/03804

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Projektplanes der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2018/03805

Frau Ranft bat um Prüfung und Korrektur der Projektzahlen: „die Einbringung einer Beschlussvorlage zum Stadtmobilitätsplan/Verkehrsentwicklungsplan“, „Anpassung der Sportförderrichtlinie“ und „Marketingmaßnahmen zur Studierendengewinnung und Absolventenbindung“.

Frau Ernst teilte mit, dass die Angaben korrekt sind. Es handelt sich nicht um einen Umsetzungsplan von Stadtratsbeschlüssen.

zu 10.18 Anfrage der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** zur Umsetzung von Maßnahmen des Lärmaktionsplanes der Stadt Halle
Vorlage: VI/2018/03806

Die Beantwortung erfolgt in der Stadtratssitzung März 2018.

zu 10.19 Anfrage der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** zur einem Brückenbauwerk über die B80 in Nietleben
Vorlage: VI/2018/03807

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.20 Anfrage der Fraktion **MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM** zu Gender Budgeting
Vorlage: VI/2017/03643

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.21 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu einem Mehrwegpfandsystem für Coffee-to-go-Becher
Vorlage: VI/2018/03799**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.22 Anfrage der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/FDP und SPD zu gemeinsamen Hochschulmarketingmaßnahmen der Stadt Halle (Saale) und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: VI/2018/03803**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Mitteilungen

Es lagen keine Mitteilungen vor.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 mündliche Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange zu Behindertenparkplätzen

Herr Lange fragte zur Versetzung von Behindertenparkplätzen am Hallmarkt nach. Dies war eine Absprache mit dem Behindertenverband, u. a. sollte auch durch Piktogramme bzw. Hinweisschilder auf die neuen Standorte aufmerksam gemacht werden.

Sind diese Absprachen gehalten worden und wenn nein, wann werden die entsprechenden Hinweise installiert?

Herr Stäglin antwortete, dass die verkehrsbehördliche Anordnung vorliegt. Die Arbeiten sind beauftragt und für die 10. Kalenderwoche vorgesehen. Geplanter Fertigstellungstermin ist der 09. März 2018 und der neue Standort wird durch Piktogramme und Beschilderungen ausgewiesen.

Außerdem sprach **Herr Lange** an, dass auf der Homepage der Stadt eine Liste von Behindertenparkplätzen hinterlegt worden ist, zu denen er noch um eine Hinzufügung einer Kartenübersicht bat. Er wollte wissen, ob dies von der Verwaltung angedacht ist.

Herr Stäglin sagte zu, dass eine Prüfung zu weiteren Möglichkeiten einer Bereitstellung von weiteren Informationen, wie eine Kartenübersicht, erfolgen wird.

zu 12.2 mündliche Anfrage des Stadtrates Helmut-Ernst Kaßner zu Schlaglochbeseitigung im Ahornweg, Rosengarten

Herr Kaßner sprach an, dass die Schlaglochbeseitigung im Bereich Ahornweg und den Nebenstraßen gründlich misslungen ist. Dort wurde zweimal innerhalb von 14 Tagen versucht, die Schlaglöcher auszubessern. Die Bitumplatten haben sich gelöst, die eine Größe von bis zu 50 cm und eine Dicke von bis zu 20 cm haben. Auf Grund mehrerer Anrufe von ihm, war es dann möglich, die entsprechenden Stellen abzusperren.

Er fragte, welches Unternehmen diese Ausbesserungsarbeiten vorgenommen hat und ob diese mangelhafte Ausführung zu Regressforderungen durch die Stadt geführt hat. Außerdem wollte er wissen, ob nach der Beendigung der Frostperiode diese Sanierungsarbeiten als dringlich anstehen.

Herr Stäglin verwies auf die vier bereits schriftlich eingereichten Anfragen von Herrn Kassner und beantwortete diese wie folgt.

Zu 1.: Firma Nordbau

Zu 2.: Ja

Zu 3.: Ja

Zu 4. Schadenserfassung erfolgt ganzjährig und natürlich werden auch Meldungen von Bürgerinnen und Bürgern mit erfasst und nach Prioritäten und Erfordernissen abgearbeitet.

zu 12.3 mündliche Anfrage der Stadträtin Katja Müller zum Haushalt

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Frau Müller

Ja, meine Anfrage bezieht sich auf die Novelle, auf die geplante Novelle des Kommunalverfassungsgesetzes, wonach im Paragraf, ich erspar mir das jetzt, welcher Paragraf, nein, ich sage es, es steht da dran, Paragraf 98 Absatz 3. Demnach soll ein kommunaler Haushalt künftig nur noch ausgeglichen sein, wenn im Finanzhaushalt der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausreicht, um mindestens die Auszahlungen für die planmäßige Tilgung von Krediten für Investition für zu bilanzierende Investitionen zu Fördermaßnahmen zu decken. Daneben soll im Paragraf 161 KVG die gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme eines flächendeckenden Haushaltskennzahlensystems fixiert werden.

Meine Fragen sind: Erstens:

Welche Konsequenzen könnte sich bei der derzeitigen absehbaren Haushaltslage und der Umsetzung der beabsichtigten Investition bei solchen gesetzlichen Veränderungen für den Haushalt, die Haushaltsdurchführung, die Höhe der notwendigen Aufwendung und die Zahlungsfähigkeit der Stadt Halle ergeben?

Und Zweitens:

Mit welchen Mehraufwendungen könnte die pflichtige Teilnahme an einem flächendeckenden Haushaltskennzahlensystem verbunden sein und welcher Nutzen könnte der Stadt daraus erstehen?

Herr Lange

Herr Geier.

Herr Geier

Ja, Frau Müller. Die Frage Eins, die würde ich mal wie folgt beantworten wollen:

Und zwar, ich gehe davon aus, dass der Gesetzesentwurf, wenn der dann vorliegt, auch den kommunalen Spitzenverbänden zur Bewertung und Beurteilung zur Verfügung gestellt wird. Und dann kann man natürlich hier auch näher auf die Auswirkungen eingehen. Was man aber vom Grundsatz her sagen muss ist, dass diese geplante Änderung, ja, aus meiner Sicht die Doppik ein Stückweit wieder aushöhlt.

Und man muss sich dann schon im Landtag irgendwo klar werden, ob man Doppik quasi lupenrein möchte oder ob man wieder zur Kameralistik zurück will. Das ist ein Zwischenschritt, der uns glaube ich, auf der kommunalen Ebene nicht hilft. Der Punkt Zwei zu der Einführung eines Haushaltskennzahlensystems. Das ist jetzt wieder ein typisches Element von Doppik. Und für die Stadt Halle ist es aus meiner Sicht möglich, weil wir uns schon beteiligen an einem Haushaltskennzahlensystem des Landes Sachsen-Anhalts.

Dies gibt es seit 2013. Da ist die Stadt Halle dabei.

Für uns wäre das also nicht mit einem Mehraufwand verbunden, andere Städte ist es möglich, dass es da natürlich zu zusätzlichen Personal- und Verwaltungsaufwand führt.

Frau Müller

Danke.

Ende Wortprotokoll

zu 12.4 mündliche Anfrage des Stadtrates Gottfried Koehn zur Straßenbeleuchtung Büschdorf-Park

Herr Koehn fragte zur Straßenbeleuchtung im Park Büschdorf nach, da diese Problematik bei einem Quartiersbesuch von Anwohnern angesprochen wurde.

Herrn Stäglin sagte, dass der Stadtrat ein Beleuchtungskonzept beschlossen hat. In diesem Konzept gibt es keine Beschlussfassung einer grundsätzlichen Beleuchtung von öffentlichen Grünanlagen. Hierzu gab es auch keine separate Wunschstellung für diesen Weg, d. h. es wird jetzt auf der Basis dieses Beleuchtungskonzeptes gearbeitet.

Er schlug vor, dass mit den Bürgerinnen und Bürgern, die dies bei der Fraktion angesprochen hatten, der Fahrplan der HAVAG durchgegangen wird. Werktags sind es mehr als drei Fahrten, diese Regelung wurde mit der Senioreneinrichtung gefunden, als die HAVAG das Busliniennetz umgestellt hatte, um eine praktikable Lösung für die Seniorinnen und Senioren anbieten zu können. Im Straßennetz sind ca. 200 bis 300 m entfernt liegende beleuchtete Straßen, die zu den Haltestellen der HAVAG führen, was einen kleinen Umweg für andere Bürgerinnen und Bürger bedeutet.

zu 12.5 Herr Koehn zu Baumfällungen in der Guldenstraße

Herr Koehn fragte im Namen einer Bürgerin zur Guldenstraße in der Silberhöhe zu genehmigten Baumfällungen nach, obwohl der Bauantrag noch nicht genehmigt worden war.

Herr Stäglin antwortete, dass es einen Anspruch gibt, wenn eine Gewerbenutzung auch in einem Wohngebiet, insbesondere mit den Grenzwerten der technischen Anlagen zum Schutz gegen Lärm zulässig ist, hier so etwas auch zu genehmigen. Das ist dann auch eine Grundlage, dass ein separater Antrag auf Baumfällung auf der Basis der Baumschutzsatzung betrachtet und auch beschieden werden kann. Hier gab es eine entsprechende Genehmigung, sodass hier Arbeiten stattgefunden haben.

zu 12.6 Herr Koehn zu Lärmbelästigungen in Heide-Süd

Herr Koehn trug vor, dass die Anwohner der Walter-Hülse-Straße 6 und 8 und der Wilhelm-Schrader-Straße 1 gegen den erzeugten Lärm der Firma PGH GmbH Halle in der Daniel-Vorländer-Straße Sturm laufen. Auf dem Dach der Firma wurde eine lufttechnische Anlage installiert, die in den warmen Sommernächten über der zulässigen Schallgrenze Lärm erzeugt.

Seit 2014 liegen der Stadtverwaltung hierzu mehrere Beschwerden vor, 2015 wurde der Vorgang dem Fachbereich Bauen zur fachlichen Stellungnahme übergeben. 2016 erfolgte auf Veranlassung des Fachbereiches Umwelt eine schalltechnische Untersuchung von einem zugelassenen Ingenieurbüro, mit dem Ergebnis, dass die zulässigen Messwerte überschritten wurden. Im Jahr 2017 erging eine bauordnungsrechtliche Verfügung mit Androhung eines Zwangsgeldes seitens der Stadt an die genannte Firma.

Für die Anwohner ist keine positive Reaktion der Firma erkennbar und deshalb fragte **Herr Koehn**, was die Verwaltung unternimmt, um diesen unhaltbaren Zustand abzustellen.

Herr Stäglich informierte zum Sachstand.

Die städtische Verfügung gegen den Gewerbetreibenden wurde nach Widerspruch des Adressaten der Verfügung durch das Landesverwaltungsamt jetzt wieder aufgehoben. Durch den Gewerbetreibenden wurde vorgetragen, dass in der Vergangenheit verschiedene bauliche Maßnahmen schon vorgenommen wurden, die zu einer Lärmreduzierung geführt hätten.

Das Landesverwaltungsamt hat der Stadt die Empfehlung gegeben, dass diese sich zur Nachweisführung der Lärmreduzierung mit dem Gewerbetreibenden in Verbindung setzt, was derzeit erfolgt.

zu 12.7 Herr Senius zum Fußweg in der Lieskauer Straße

Herr Senius wollte zum Fußweg in der Lieskauer Straße, unterhalb der Röntgenstraße im abgeböschten Bereich wissen, wann dieser Weg wieder so hergerichtet wird, dass er wieder nutzbar ist.

Der Fußweg ist immer schwieriger begehbar, weil dieser in Richtung Böschung seit ca. 2 Jahren immer mehr abbricht. 2017 war vorgesehen, dass dies in Ordnung gebracht wird.

Herr Stäglich sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.8 Herr Senius zum Ombudsmann

Herr Senius sprach an, dass für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss als Tagesordnungspunkt ein Bericht des Ombudsmannes für Soziales vorgesehen war. Leider ist der Ombudsmann ohne Angabe von Gründen nicht erschienen. Er fragte nach den Gründen.

Frau Ernst wies darauf hin, dass der Ombudsmann ehrenamtlich tätig ist und Termine mit ihm abgestimmt werden müssen. Das ist in dem Fall nicht erfolgt, eine interne Auswertung ist bereits erfolgt.

zu 12.9 Herr Dr. Wend zu einer Mitteilung im JHA

Herrn Dr. Wend fragte zu einer Mitteilung aus dem Jugendhilfeausschuss Mitte letzten Jahres nach. Es geht um die Sicherung des Brandschutzes und weitere Investitionen in Kindertageseinrichtungen in städtischen Objekten, übertragen durch Erbbaurechtsverträge an freie Träger der Jugendhilfe. Da sind 1 Million Euro bereitgestellt worden und für 2018 wurden 1,5 Millionen Euro in Aussicht gestellt.

Herr Dr. Wend wollte wissen, was bisher dazu stattgefunden hat und welche Investitionen getätigt wurden oder geplant werden. Welchen Zeitplan gibt es hierfür? Stehen Ausweichobjekte zur Verfügung?

Frau Brederlow antwortete, dass sie auf Grund der fortgeschrittenen Zeit dies nur soweit beantworten möchte, dass diese Thematik im Jugendhilfeausschuss erläutert wird. Es gibt einen Zeitplan für die meisten der betreffenden Einrichtungen, wobei hier auch die freien Träger entsprechend mitwirken müssen.

zu 12.10 Frau Hinniger zu Schulsekretariaten

Frau Hinniger fragte nach der Besetzung von Schulsekretariaten. Sie begleitet einen Fall, in dem es eine Kündigung in einem Schulsekretariat gegeben hat und demzufolge diese Stelle dann unbesetzt ist. In diesem Fall gab es keine Absprache mit der Schulleitung.

Sie bat um eine Aufstellung der Besetzung aller Schulsekretariate mit den entsprechenden Hinweisen zum Auslaufen von befristeten Verträgen, welche Probezeit dort vereinbart ist und wie bei Kündigungen die Nachbesetzung aussieht.

Außerdem bat sie um Benennung eines Ansprechpartners, um den besagten Einzelfall klären zu können.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass es solche Aufstellungen regelmäßig im Bildungsausschuss gibt. Inwieweit konkret zu Arbeitsverträgen etwas gesagt werden kann, muss rechtlich geprüft werden. Bezüglich eines Ansprechpartners benannte sie im Fachbereich Bildung, Frau Dr. Radig oder Frau Quilitzsch.

zu 12.11 Herr Scholtyssek zu Kostenaufstellungen

Herr Scholtyssek fragte nach der zugesagten Kostenaufstellung der Auslandsreise des Oberbürgermeisters.

Frau Ernst teilte mit, dass der Oberbürgermeister die Kostenaufstellung aller Reiseteilnehmer zugesagt hat, diese ist erfolgt und wird nunmehr dem Rechnungsprüfungsamt übergeben. Sobald die Prüfung abgeschlossen ist, wird unverzüglich informiert.

zu 12.12 Herr Scholtyssek zur Hochstraße

Herrn Scholtyssek regte an, die Temporeduzierung auf der Hochstraße Richtung Neustadt im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu erläutern.

zu 12.13 Herr Scholtyssek zur Ausschreibung Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Scholtyssek fragte zur Ausschreibung des Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt nach, da es hierfür einen Zeitplan gab. Die Bewerbungsfrist wurde auf den 16. März 2018 festgelegt, in der Ausschreibung im Amtsblatt wurde aber der 02. März 2018 vermerkt. Er bat um Auskunft, warum dieses Datum von dem beschlossenen Zeitplan abweicht.

Herr Geier sagte eine Prüfung und Beantwortung zu.

zu 12.14 Frau Ranft zu Reinigungsleistungen an Schulen

Frau Ranft fragte zu den Reinigungsleistungen an den Schulen nach. Im Stadtrat Dezember wurde von einer zeitnahen Realisierung der Anpassung des Reinigungsplans gesprochen. Der Fraktion liegt eine Nachfrage der Grundschule „Diemitz/Freimfelde“ dazu vor. Deswegen fragte sie nach der Anpassung der Reinigungsleistungen, speziell auch für diese Schule, die zu mehr Leistungen nachgefragt hatte.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Anpassung der Verträge noch erfolgt, aber nach ihrem Stand die Leistungen bereits nach dem Beschluss dazu durchgeführt werden. Zu dem angesprochenen Fall sagte sie eine Prüfung zu.

Frau Ranft fragte, ob der von der BBS III aufgeworfene Fragekomplex im Bildungsausschuss besprochen wird.

Frau Brederlow bejahte dies, auch unter dem Aspekt, dass dies auch nur an die Mitglieder des Bildungsausschusses gerichtet war.

zu 12.15 Herr Aldag zu Baumfällungen am Riebeckplatz

Herrn Aldag stellte fest, dass am Riebeckplatz, dort, wo der neue Hotelkomplex entstehen soll, alle Bäume auf städtischer Fläche frisch gefällt worden sind. Deswegen wollte er wissen, warum es notwendig war, diese Bäume am letzten Tag, wo dies noch rechtlich möglich war, so schnell zu fällen und weshalb dies nicht vorab schon im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten hätte besprochen werden können.

Herr Stäglin antwortete, dass es eine intensive Diskussion mit den Baufirmen zu der Frage, wo die Baustellenlogistik untergebracht werden soll, gab. Es gab die abschließende Entscheidung, dass auf dem Riebeckplatz und nicht im Bereich des Kastanienhains an der Magdeburger Straße diese Logistik untergebracht werden soll.

Herr Aldag fragte, ob es eine Variantenabwägung gegeben hat und auch nach anderen Möglichkeiten gesucht worden ist. Der Bau des Hotels war länger bereits klar und deswegen ist die schnelle Fällung der Bäume nicht nachvollziehbar. Eine vorhergehende Thematisierung hätte er für angebracht gehalten.

Herr Stäglin erwiderte, dass dies tatsächlich erst im Februar abschließend entschieden worden ist, auch mit der Frage, wo die Positionierung erfolgen soll. Eine Variante, dies an der Magdeburger Straße anzubinden, hätte Beeinträchtigungen der dortigen Grünfläche und zu einem Herausnehmen von Bäumen geführt. Der öffentliche Straßenraum ist auch wegen

der Umleitungsführung für Fuß- und Radwege stark belastet. Daher war es eine Abwägungsentscheidung, so wie der Antrag von der Firma auch eingereicht wurde, diesen zu genehmigen.

Herr Aldag bat darum, dies im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten kurz darzulegen. Er möchte wissen, wie die Baustelleneinrichtung dort erfolgt.

zu 12.16 Herr Feigl zum Architektenwettbewerb Schimmelstraße

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Feigl

Sie sehen mich, glaube ich, an der Stelle ein bisschen fassungslos. Wenn ich in die Runde reingucke, haben sich, glaube ich, jetzt auch alle gewundert über die Antwort. Das nur als Nachbemerkung noch dazu. Das ist wirklich ein Ding.

Meine eigentliche Frage zielt, ist eine Wiederholung der Frage, die ich beim letzten Mal hier schon gestellt habe. Und zwar hatte ich mich erkundigt nach dem Zeitplan bzw., ja nach dem Zeitplan, wann der Architekturwettbewerb für die Schimmelstraße umgesetzt wird. Ich habe Sie, Frau Dr. Marquardt, zwischenzeitlich auch zweimal darauf angesprochen, mit Vertröstungen. Habe ich irgendwas übersehen oder ist es noch nicht beantwortet?

Frau Dr. Marquardt

Es gab schon eine Antwort als Beschlusskontrolle für die letzte Stadtratssitzung. Das muss in Session hinterlegt sein. Der Wettbewerb hat noch nicht begonnen. Denn wir hatten noch die Auflage von der Aufsichtsbehörde, dass wir die Unabweisbarkeit nachweisen müssen.

Herr Lange

Also in Session hinterlegt.

Herr Feigl

OK, dann hab ich es übersehen.

Herr Lange

OK. Alles klar.

Ende Wortprotokoll

zu 12.17 Frau Dr. Schöps zum bürgeroffenen Forum

Frau Dr. Schöps sprach das, im vergangenen Juni im Jugendhilfeausschuss angeregte bürgeroffene Forum zum Erziehermangel mit Vertretern des Landes an. Die Verwaltung hatte die Anregung positiv aufgenommen, aber bis jetzt hat dieses Forum noch nicht stattgefunden. Deswegen fragte sie, ob es eine Planung hierfür gibt.

Frau Brederlow antwortete, dass ein solches Forum nicht vorgesehen ist, da dies mit sehr viel Aufwand betrieben werden müsste. Sie wies darauf hin, dass die Verwaltung hierfür auch nicht in der Zuständigkeit ist. Zu diesem Forum müssten auch Eltern und Erzieher eingeladen werden, wofür auch eine geeignete Örtlichkeit zur Verfügung gestellt werden müsste. Das Stadthaus wäre für eine bürgeroffene Veranstaltung nicht geeignet, da dann von vornherein eine Einschränkung der Einzuladenden erfolgen müsste.

Deswegen gab es die Idee, den Runden Tisch einzurichten und das Thema dort zu besprechen.

zu 12.18 Herr Raue zur Hafenstraße 7

Herr Raue fragte zum Umgang der Besetzung der Hafenstraße 7 nach, die aus seiner Sicht ein öffentliches Ärgernis darstellt. Er wollte wissen, warum die Debatten dazu immer im nicht öffentlichen Teil geführt werden.

Herr Lange wies darauf hin, dass dies bereits in der Einwohnerfragestunde heute erörtert worden ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung deutlich gemacht hat, dass es aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, dies in der heutigen öffentlichen Sitzung zu thematisieren.

Da **Herr Raue** sein Unverständnis zu dieser Entscheidung hervorbrachte, erklärte **Herr Lange** die Situation aus der heutigen Einwohnerfragestunde, zu der Herr Raue noch nicht anwesend war und verwies dann auf die Protokollführung dazu.

zu 12.19 Herr Klätte zum Straßenzustandsbericht

Herr Klätte fragte zum Stand des beschlossenen Straßenzustandsberichtes nach.

Herrn Stäglin antwortete, dass mitgeteilt worden war, dass die dafür im Stellenplan vorgesehenen Stellen besetzt werden müssen. Es gab keine adäquaten Bewerbungen für diese vier Stellen und in diesem Bereich ist qualifiziertes Personal ein Engpass. Somit gab es bisher inhaltlich keinen Fortschritt dazu.

Herr Klätte fragte, ob es eine Planung gibt, wie es gemacht werden soll.

Herr Stäglin teilte mit, dass es Ziel ist, dass die Stellenbesetzung möglichst schnell erfolgen kann, da diese Personen benötigt werden.

zu 12.20 Herr Lange zur Ausweitung der Nutzung des Flughafens

Herr Lange fragte zur Ausweitung der Nutzung des Flughafens für den Transportverkehr an. Es soll wohl in der Regionalen Planungsgemeinschaft bereits Beschränkungen gegeben haben, die die Ausweitung von Siedlungsgebieten und von Wohnbebauungen betreffen soll.

Er fragte, wie sich die Stadt Halle (Saale) dazu verhält, da es auch das Stadtgebiet betrifft.

Herr Stäglin sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.21 Herr Dr. Meerheim zur Kastanienallee

Herr Dr. Meerheim ging auf die vorab eingetretene Situation zu seinen Fragen zur Kastanienallee ein und machte deutlich, dass er von der Verwaltung eine Entschuldigung für die falsch erstellten Zahlen in der Vorlage erwartet hätte.

Frau Dr. Marquardt entschuldigte sich für die mangelhafte Vorbereitung durch die Verwaltung. Sie machte deutlich, dass dies so nicht mehr erfolgen soll.

zu 13 Anregungen

**zu 13.1 Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03797**

Herr Lange informierte, dass eine Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) vorliegt, welche im Hauptausschuss behandelt wird.

Weitere Anregungen gab es nicht.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

zu 14.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Akteneinsicht in eine im Jahr 2017 im Auftrag der Stadt Halle erstellte Umzugsplanung für Schulen/Horte und Turnhallen

zu 14.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Akteneinsicht in den Vorgang "Energetische Sanierung und allgemeine Sanierung der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee"

Herr Lange teilte den Mitgliedern des Stadtrates mit, dass zwei Anträge auf Akteneinsicht vorliegen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Lange** beendete den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer